KBW-Kritik am Programmentwurf
Wie die Katze um den heissen Brei Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 5 vom 4. Februar 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Schlichtungsbetrug bereitete 6,9% Lohnraub vor

Empörung über IGM-Verrat

Die 6,9%-Vereinbarung in Nordrhein-Westfalen und Hessen ist ein Schlag gegen die Arbeiter und kleinen Angestellten. Sie bedeutet weiteren Abbau des Reallohns in diesem Jahr, denn die 70 oder 80 Mark mehr im Monat können die Preissteigerungen und Steuererhöhungen bei weitem nicht ausgleichen. Wenn die Vertreter der Regierung und der Monopole, die Friderichs, Klasen und Schleyer, jetzt auch noch schreien, der Abschluß sei eine „schwere Belastung für die Wirtschaft" und jetzt könnten sie „nicht mehr für einen Rückgang der Arbeitslosigkeit garantieren", so zeigt das nur den bodenlosen Zynismus und die Verlogenheit dieser Typen. Die Prognosen über einen Rückgang der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr, die Friderichs kürzlich in seinem „Wirtschaftsbericht" abgegeben hat, wurden in den internen Kreisen der Monopolkapitalisten sowieso als nicht ernstzunehmendes Propagandageschwätz gewertet. Aber abgesehen von der Verlogenheit der Behauptung, die Sicherheit der Arbeitsplätze hinge von der Bereitschaft der Arbeiter zum Lohnverzicht ab, bedeutet der 6,9%-Lohnraubabschluß nichts anderes, als einen brutalen Angriff auf die Löhne, eine Verschärfung der Ausplünderung der Arbeiter und kleinen Angestellten durch die Kapitalisten.

Sicher, im Stahlbereich lag der Abschluß mit 6% sogar noch niedriger. Die Kapitalisten und die IGM-Bonzen nutzten in dieser Branche, die gegenwärtig relativ stark von Krisenerscheinungen geprägt ist, die Furcht vor Entlassung und Arbeitslosigkeit, sie nutzten die relativ schweren Kampfbedingungen der Stahlwerker, um ihnen einen besonders niedrigen Tarifabschluß aufzuzwingen. In den Metallbetrieben dagegen sind die Kampfbedingungen für die Arbeiter und kleinen Angestellten zur Zeit etwas günstiger. Die Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen hatten hier eine größere Furcht davor, daß es zu echten Streiks, zu selbständigen Kämpfen „der Basis" in den Betrieben kommen könnte. Die Warnstreiks, an denen sich Zehntausende beteiligten, standen unter der Kontrolle des IGM-Apparats, sie waren Bestandteil der Abwiegelungstaktik der Bonzen und Arbeiterverräter und dienten praktisch dazu, richtige Streiks zu verhindern. Gleichzeitig waren sie für den Gewerkschaftsapparat Tests, mit denen er die Stimmung und Kampfbereitschaft in den Betrieben feststellen wollte. Sie zeigten, daß in den Betrieben tatsächlich „die Zeichen auf Sturm" standen. In den großen Autowerken trauten sich die Bonzen erst gar nicht, solche Warnstreiks durchzuführen.

Unter diesen Umständen mußte der IGM-Apparat die Taktik der „radikalen Töne" anwenden (IGM-Oberbonze Mayr: „Die Stunde eines Streiks rückt immer näher ..."), um bei einem Teil der Kollegen Illusionen über die Absichten des IGM-Apparates zu wecken. Die Bonzen wollten ja auf jeden Fall vermeiden, daß die Massen ihre Sache in die eigene Hand nahmen und daß es zu sogenannten „wilden" Streiks kam. Natürlich ist diese Taktik für die Gewerkschaftsbonzen nicht ungefährlich. Dafür ist der Druckerstreik vom letzten Jahr ein Beispiel, wo Mahlein und Konsorten die Geister nicht mehr los wurden, die sie gerufen hatten. So waren sie gezwungen, die Urabstimmung durchführen zu lassen und schließlich sogar grünes Licht für den „Vollstreik" zu geben.

Bei Redaktionsschluß waren die Verhandlungen in den übrigen Tarifbezirken zwar noch nicht abgeschlossen. Aber die Wahrscheinlichkeit, daß der Lohnraub in der Metallindustrie von den Arbeitern und kleinen Angestellten doch noch zurückgeschlagen, daß doch noch große Kämpfe ausbrechen und eine wirkliche Lohnerhöhung durchgesetzt werden kann, ist gering. Dazu müßte jetzt noch eine machtvolle Bewegung selbständiger, militanter Aktionen und Streiks ausbrechen, wie z. B. die Septemberstreiks 1969 oder die Kämpfe im August 1973.

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3



Arbeiterfeinde unter sich: Die Häuptlinge vom DGB-Apparat, Staat und Unternehmerverband (Vetter, Kanzler Schmidt und Schleyer). Vierter im Bunde ist der amerikanische Botschafter Stoessel.

Brokdorf: Provokation gegen die KPD/ML und KKW-Gegner

Eine unverschämte Fälschung!

Seit die Bevölkerung in der Wilstermarsch mit Unterstützung vieler Werktätiger, mit Unterstützung auch der KPD/ML, den Kampf gegen den Bau des Atomkraftwerkes in Brokdorf aufgenommen hat, besonders aber seit der Kampfdemonstration der 30 000 in Brokdorf, hat die Bourgeoisie eine immer üblere Hetzkampagne entfaltet. Jetzt – zwei Wochen vor der nächsten zentralen Demonstration in Brokdorf – hat diese Hetzkampagne einen neuen Gipfel erreicht: Polizisten verteilen in der Wilstermarsch an die Bauern Fotokopien von einer angeblichen Mitteilung der KPD/ML zur Aktion am 19. Februar in Brokdorf – eine dreckige Fälschung. Darin heißt es zum Beispiel, man müsse den Bauern die Trecker wegnehmen, damit Straßensperren gegen die Polizei errichten und die Trecker in Brand setzen usw.

Diese Fälschung, die an Amtsausschußmitglieder in Wilster und an Bauern in der Umgebung verteilt wurde, enthält verschiedenste Verleumdungen, die alle auf die altbekannte Hetze der Bourgeoisie hinauslaufen: die revolutionäre Gewalt der Kommunisten richte sich in Wahrheit gegen das Volk, richte sich in diesem Fall gegen die Bauern in der Wilstermarsch und bedrohe ihr Hab und Gut – eine teuflische Verleumdung!

Wer bedroht denn Leben und Gesundheit der Bauern und der anderen Werktätigen in der Wilstermarsch, will um jeden Preis, gegen den erbitterten Widerstand der Werktätigen, in Brokdorf das Atomkraftwerk bauen? Und wer hat die Höfe der Bauern überfallen, hat brutal Polizeitruppen und Bundesgrenzschutz eingesetzt, die Frauen, Kinder, alte Menschen, junge Menschen nieder-

Fortsetzung auf S. 12, Spalte 3

Albanischer Delegation Einreise in die Bundesrepublik verweigert

siehe Seite 2

Große öffentliche Abschlußveranstaltung zum III. Parteitag der KPD/ML

Auf Einladung des Zentralkomitees der KPD/ML werden an der Veranstaltung Delegationen marxistisch-leninistischer Parteien teilnehmen.

Aus dem Programm der Veranstaltung:

Rede des Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML

Grußbotschaften der Delegationen der Bruderparteien

Stücke und Lieder, vorgetragen von den Agit-Prop-Trupps der KPD/ML

Samstag, 5. Februar 1977, 10 Uhr
Ludwigshafen, Friedrich-Ebert-Halle

AUS DEM INHALT

Provokatorischer Akt der Bonner Regierung

Weg mit dem Einreiseverbot für die albanischen Genossen!

Am 28. Januar hat das Auswärtige Amt in Bonn über die westdeutsche Botschaft in Wien einer Delegation der Partei der Arbeit Albaniens die Einreise in die Bundesrepublik verweigert! Am 5. Februar wollten die albanischen Kommunisten an der großen öffentlichen Abschlußveranstaltung des III. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten in Ludwigshafen teilnehmen. Die Weigerung der Bonner Regierung, der Delegation der Partei der Arbeit Albaniens unter der Leitung des Genossen Foto Çami, Mitglied des Zentralkomitees der PAA und Professor der Staatsuniversität von Tirana, ein Visum für die Bundesrepublik zu erteilen, ist ein feindseliger Akt gegen die Sozialistische Volksrepublik Albanien, eine Provokation gegen das albanische wie das deutsche Volk!

Die westdeutsche Botschaft in Wien gab für das Einreiseverbot keine Begründung. Die Gründe der westdeutschen Regierung liegen aber auf der Hand, und diese Maßnahme entlarvt ihren reaktionären, imperialistischen, gegen die Freiheit der Völker gerichteten Charakter.

1943 überfielen die Truppen des Hitlerfaschismus Albanien. Sie ermordeten Zehntausende von albanischen Männern, Frauen und Kindern, plünderten und brandschatzten die albanischen Städte und Dörfer, verwüsteten ganze Landstriche. Als die faschistischen Horden zwei Jahre später unter den Schlägen der albanischen Nationalen Befreiungsarmee das Land fluchtartig verlassen mußten, hinterließen sie unermeßliche Schäden an Leben und Gut der albanischen Werktätigen. Heute, mehr als ein Vierteljahrhundert danach, weigert sich die Bundesregierung, der Rechtsnachfolger des „3. Reiches", immer noch, auch nur einen Pfennig Kriegsreparationen zu bezahlen und dem albanischen Volk für die Verbrechen, die der deutsche Imperialismus in seiner Raubgier verübte, Wiedergutmachung zu geben.

Ja, wenn es sich um ein faschistisches, imperialistisches Land handelte, das Gelder für neue Verbrechen benötigte . . . So hat Bonn den israelischen Zionisten Milliarden D-Mark „Wiedergutmachung" gezahlt und finanziert damit die Aggressionen und die rassistische Völkermord-Politik Tel Avivs gegen das palästinensische Volk mit. Genauso verhält es sich mit den Reparationen an den USA-Imperialismus und die anderen Imperialisten.

Albanien aber ist ein sozialistisches Land, das einzige in Europa, in dem die Arbeiterklasse ihre revolutionäre Diktatur ausübt und die kapitalistische Ausbeuterordnung restlos und unwiederbringlich vernichtet wurde. Darin liegt der Grund für die feindselige provokatorische Haltung Bonns.

Es ist aufschlußreich zu vergleichen, wen die westdeutschen Imperialisten ins Land lassen und wen nicht. Bekanntlich geben sich beispielsweise die Bonzen und Spitzenfunktionäre der Sowjetunion und der DDR förmlich die Klinke in die Hand. Den Abgesandten Honeckers, die für die Morde an der Mauer, den Schießbefehl, die Minenfelder und Selbstschußanlagen, die Deutsche daran hindern, Deutsche zu besuchen, verantwortlich sind und zahllose Verbrechen am deutschen Volk begangen haben, hindert niemand daran, zu den Kongressen der von ihnen ausgehaltenen D„K"P zu fahren, wann immer sie wollen. Die Bonzen des Moskauer Kreml, einschließlich ihres Häuptlings Breschnew, werden in Bonn mit offenen Armen und hohen diplomatischen Ehren empfangen. *„Suslow, Chefideologe der Moskauer Kreml-Zaren, zum D„K"P-Parteitag? Aber selbstverständlich! Gierek, der Arbeitermörder von Gdansk und Szczecin zu Besuch? Aber sicher, wird in Ehren empfangen! Ostberliner Spitzenfunktionäre, Staatssicherheits-Agenten, Vopo-Generale und andres Gelichter wollen zur Trauerfeier für den Arbeiterverräter Reimann? Herzlich willkommen, keine Bedenken! Aber aus Albanien? Das sind doch Kommunisten, Revolutionäre! Nein, die können wir niemals ins Land lassen, die sind doch ein Sicherheitsrisiko!"* Das ist die Haltung des Bonner Auswärtigen Amts. Da kann einer noch so sehr als Henker und Blutsauger berüchtigt und in der ganzen Welt geächtet sein, wie der südafrikanische Rassisten-Chef Vorster, die spanischen Franco-Faschisten, die Folterknechte des Schahs von Persien, und von den Chefs der beiden imperialistischen Supermächte, den USA und der Sowjetunion, ganz zu schweigen. Für sie alle wird in Bonn der rote Teppich ausgerollt, solange sie nur – ebensolche Volksfeinde, Ausbeuter und Unterdrücker sind, wie ihre westdeutschen Gastgeber.



Genosse Foto Çami

Was diese dagegen fürchten und hassen, sind die wirklich sozialistischen Länder. Natürlich wissen sie genau, daß die Sozialistische Volksrepublik Albanien auf der Seite der Arbeiterklasse und der Völker steht. Der Haß der Imperialisten gilt der albanischen Volksrepublik, weil sie das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa und für die ganze Welt ist. Weil sie die imperialistischen Machenschaften nicht mitmacht, sondern aufdeckt und anprangert. Weil Albanien z. B. als einziges Land Europas der von den Supermächten inszenierten demagogischen Konferenz von Helsinki fernblieb und den Schwindel von der angeblichen Entspannungsbereitschaft der Imperialisten entlarvte. Weil es durch keinerlei Drohung und Erpressung gebeugt und eingeschüchtert, mutig gegen den Imperialismus, besonders die beiden Supermächte, den Revisionismus und die Reaktion auftritt; weil es nicht, wie die Sowjetunion oder die DDR den Weg des Verrats und der Wiedererrichtung des Kapitalismus beschritt; weil ihm deshalb der Respekt und die Achtung aller klassenbewußten Arbeiter und der revolutionären Völker der Welt gehört.

Bonn weiß auch, daß die albanische Volksrepublik, ihre Partei der Arbeit mit dem großen Marxisten-Leninisten Genossen Enver Hoxha an der Spitze, konsequent auf seiten der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes steht. Genauso, wie Albanien den westdeutschen Imperialismus bekämpft, unterstützt es auch unsere Klassenbrüder in der DDR im Kampf gegen die russischen Besatzer und gegen die neue Bourgeoisie dort, steht es fest auf der Seite des deutschen Volkes in seinem Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Deshalb sehen die Herren in Bonn es mit wachsender Unruhe und Sorge, wie sich die Freundschaft zwischen dem albanischen und dem deutschen Volk entwickelt und verstärkt, und die enge Kampfverbundenheit zwischen der Partei der Arbeit Albaniens und der KPD/ML verfolgen sie mit großer Wut.

Weg mit dem Einreiseverbot für die albanischen Genossen!

Denn darum geht es ihnen natürlich auch. Mit dem Einreiseverbot wollen sie nicht nur die Sozialistische Volksrepublik Albanien treffen, sondern auch die Kommunistische Partei, die KPD/ML, hier. Offener können es die westdeutschen Kapitalisten nicht deutlich machen, wer in unserem Land die wahre revolutionäre kommunistische Partei ist, und wer ein Lakai und ein Schoßhündchen der Bourgeoisie, wie die revisionistische D„K"P.

Mit solchen Maßnahmen wie dem Einreiseverbot für die Delegation der Partei der Arbeit Albaniens wird Bonn die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk nicht untergraben oder stören können. Doch dieser provokatorische Akt darf nicht widerstandslos hingenommen werden! Protestiert beim Auswärtigen Amt, Bonn, Tel.: 02221/171!

Nieder mit dem Einreiseverbot für die albanischen Genossen!

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk!

Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

Protesterklärung der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Die Gesellschaft der Freunde Albaniens protestiert gegen das Einreiseverbot der Bundesregierung für eine Delegation des Zentralkomitees der PAA. Diese will auf Einladung der KPD/ML an der Abschlußveranstaltung zum III. Parteitag der KPD/ML teilnehmen.

Obwohl die italienischen und deutschen Faschisten im II. Weltkrieg dem albanischen Volk riesige Schäden zugefügt haben, haben die albanischen Werktätigen in 30 Jahren Aufbau des Sozialismus beispielhafte Erfolge errungen. Das weckt das Interesse einer wachsenden Zahl von Menschen in der Bundesrepublik. Das deutsche wie das albanische Volk wünschen die gegenseitigen Beziehungen zu verstärken. Das soll offensichtlich verhindert werden.

Im Gegensatz dazu wurden Delegationen der SED immer die Einreisen zu D„K"P-Parteitagen gestattet. Es ist allgemein bekannt, daß die PAA ein unversöhnlicher Feind des Revisionismus ist. Den Revisionisten wird kein Stein in den Weg gelegt, ihren Revisionismus als Sozialismus anzupreisen, Verwirrung zu stiften und so die Menschen von der Freundschaft mit den wirklich sozialistischen Ländern abzuhalten. Das Einreiseverbot steht in einer Reihe mit der Weigerung, die berechtigten Reparationsforderungen Albaniens zu erfüllen.

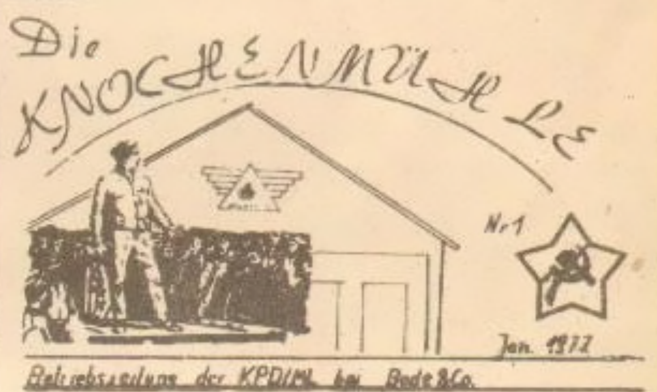
Wir fordern die sofortige Aufhebung des Einreiseverbots!

Gesellschaft der Freunde Albaniens
Der Bundesvorstand

Kurz berichtet

KASSEL

In Kassel erschien jetzt die erste Nummer von „Knochenmühle", Betriebszeitung der KPD/ML bei Bode & Co. Vorher wurden an diesem Betrieb bereits regelmäßig Flugblätter verteilt. Die Zeitung, die einen Artikel zur laufenden Metalltarifrunde enthält und auch drei Korrespondenzen über Bode & Co. brachte, kam bei den Kollegen sehr gut an. Viele meinten: „Das hätte ich nicht gedacht, daß Kommunisten so gute Sachen machen."



KASSEL

Auch für die Beschäftigten am Städtischen Krankenhaus in Kassel erschien jetzt die erste Betriebszeitung „Kämpfende Station". Auch am Krankenhaus hat die Partei bereits seit längerem Flugblätter verteilt. Die Zeitung, die sich mit den Auswirkungen der kapitalistischen Krise im Gesundheitsbereich und mit dem Kampf gegen die politische Unterdrückung beschäftigt, löste bei den Kollegen reges Interesse aus.



FREIBURG

Am 28. 1. 77 erschien an der Freiburger Universität die erste Nummer der „Studentenfaust", der Zeitung des KSB/ML. Die „Studentenfaust" erschien einen Tag vor den AStA-Wahlen, für die der KSB/ML bereits mit einem Flugblatt zum Boykott aufgerufen hatte. Die erste Nummer der Zeitung setzt sich in einem Artikel mit der Rolle und der Funktion der bürgerlichen Wissenschaft auseinander. Außerdem enthält sie neben einem Artikel über die Ziele des KSB/ML eine revolutionäre Kurzgeschichte.



VÖLKLINGEN

In Völklingen kämpften am 29. 1. 77 Genossen und Freunde der Partei in Aktionseinheit mit der KSG und dem AKJ (Arbeitskreis fortschrittlicher Juristen) gegen eine Kundgebung der Jungen Nationaldemokraten, die auf dem Völklinger Marktplatz stattfand. Die Kundgebung der Faschisten war von einem starken Polizeiaufgebot geschützt. Als die Polizisten versuchten, die Megaphone der Demonstranten zu beschlagnahmen, die Sprechchöre gegen die Faschisten riefen, gelang es ihnen, einen Genossen festzunehmen. Im Anschluß an die Kundgebung wurde versucht, den Saal, in dem die Landeskonferenz der Faschisten stattfinden sollte, zu versperren. Auf diese Weise gelang es zwar nicht, die Konferenz vollständig zu verhindern. Immerhin wurde aber erreicht, daß die Faschisten sie nicht, wie sie sie geplant hatten, durchführen konnten.



Das Bild des albanischen Malers Guri Madhi, „Ende der Feinde", dokumentiert den heroischen, opferreichen Kampf des albanischen Volkes unter der Führung der Partei der Arbeit gegen die Barbarei des Hitlerfaschismus. Das albanische Volk, das sich aus eigener Kraft von der Naziherrschaft befreite, hat einen großartigen Beitrag zur Zerschlagung des Hitlerfaschismus geleistet.

Aus dem Rechenschaftsbericht des Genossen Enver Hoxha

Über die Außenpolitik der Volksrepublik Albanien sagte Genosse Enver Hoxha in dem Rechenschaftsbericht auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens am 1. November:

„Die Volksrepublik Albanien hat ihre unabhängige Außenpolitik. Sie möchte, daß ihre Ansichten über die Außenpolitik bei den fortschrittlichen und freiheitsliebenden Völkern, den progressiven revolutionären Kräften, den aufrechten Marxisten-Leninisten Zustimmung finden. Daraus machen wir kein Hehl. Dies steht auch mit den Interessen aller Völker und mit den Interessen der Staaten der Welt im Einklang, die die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes achten, unabhängig von den Unterschieden in der sozialökonomischen Ordnung."

Auf die Beziehungen der Volksrepublik Albanien zur Deutschen Bundesrepublik eingehend, sagte Genosse Hoxha:

„Mit der Deutschen Bundesrepublik haben wir Probleme, die seit dem zweiten Weltkrieg ungelöst geblieben sind. Dort sind die deutschen Revanchisten noch am Leben und in voller Aktivität. Ihre Politik ist expansionistisch mit hegemonistischen Tendenzen. Die Regierung in Bonn, die sich als demokratische Regierung ausgibt, nimmt die Verbrechen des deutschen Faschismus in Schutz und macht nicht den geringsten Versuch, die Reparationen für den Schaden zu bezahlen, den die deutsche Nazibarbarei Albanien und seinem Volk zugefügt hat. Die Bonner Regierung soll nicht glauben, dieses Problem werde eine Propagandaangelegenheit bleiben, ihm wird von uns vielmehr in allen internationalen Gremien anhand von Tatsachen und Beweisen nachgegangen werden."

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Moskau wärmt den 'Panslawismus' auf

Laute Reklame für alten Plunder

Mit dem Ziel, die Weltherrschaft an sich zu reißen, betreiben die russischen Sozialimperialisten auf der ganzen Welt ihre politische, wirtschaftliche und militärische Expansion. Dabei bedienen sie sich auch der Kultur als Mittel, ihren Einfluß auszuweiten und andere Völker zu unterdrücken. Sie haben die Kultur in den Dienst ihrer großmachtchauvinistischen Politik gestellt.

Seit dem Sieg der revisionistischen Konterrevolution Chruschtschows in der Sowjetunion werden die Kulturen der nichtrussischen Republiken immer stärker unterdrückt. Eine der gemeinsten Arten dieser chauvinistischen Politik seitens der neuen russischen Zaren ist die Unterdrückung der Sprachen der Völker in den nichtrussischen Republiken der UdSSR. So wurde zum Beispiel in der Moldauischen Republik unter dem Aushängeschild des „Zwei-Sprachen-Systems" zwangsweise russisch eingeführt und die moldauische Sprache verdrängt. Dies hatte zur Folge, daß die in moldauischer Sprache erscheinenden Zeitungen von 1960 bis 1974 um 50% zurückgingen.

Die Sprache ist Element, ist Merkmal der Nation. Eine Nation ohne einheitliche Sprache ist undenkbar, wenngleich die Sprache nicht das einzige Merkmal einer Nation ist. Dies war den Ausbeuterklassen stets bewußt und sie wissen es auch heute. Deshalb setzen sie bei ihrer Politik der Entnationalisierung eines Volkes einerseits alles daran, den Anwendungsbereich der Sprache der unterdrückten Nation einzuengen und andererseits den Gebrauch „ihrer" Sprache mit allen Kräften zu fördern.

An sogenannten „Begründungen" und „Theorien", warum denn die russische Sprache so viel wichtiger sei als die anderen Sprachen, fehlt es den Revisionisten natürlich nicht. So soll die russische Sprache den nichtrussischen Nationen angeblich die Möglichkeit eröffnen, die Erfolge der Weltkultur besser zu verstehen, da die Sprachen der kleinen Nationen den Erfordernissen, die der heutige Entwicklungsstand an sie stelle, nicht erfüllen könnten. Daraus ist unschwer der Schluß zu ziehen, daß die Sowjetrevisionisten die Sprachen der nichtrussischen Nationen als zweitrangig, als auf niedrigerem Stand stehend einstufen.

Diese Russifizierung erfolgt keineswegs nur in den nichtrussischen Republiken der UdSSR. Die Völker der revisionistischen Staaten Osteuropas sind ebenfalls stark dem Druck des großrussischen Chauvinismus ausgesetzt. Grundlage dieser imperialistischen Politik auf dem Gebiet der Kultur und der Sprache bildet dabei die von den neuen Zaren im Kreml immer wieder aufgewärmte Ideologie des Panslawismus über die besondere Rolle der Slawen in der Welt, mit der schon die alten Zaren hausieren gingen.

Herbst letzten Jahres fand auf Drängen Moskaus und seiner Vasallen in den Ländern Osteuropas eine Konferenz der UNESCO über die Kulturen der slawischen Völker statt. In dem Bericht über diese Konferenz heißt es im „Neuen Deutschland", der Zeitung der SED-Revisionisten: „Große Aufmerksamkeit galt der Tatsache, daß sich heute zunehmend gemeinsame Züge in den slawischen Kulturen herausbilden." Sicherlich haben die slawischen Kulturen untereinander eher gemeinsame Züge als zum Beispiel eine slawische Kultur verglichen mit einer afrikanischen. Doch das meinen die Revisionisten keineswegs, ihnen geht es um die reaktionäre Theorie des Panslawismus. Die Behauptung, es gäbe „gemeinsame Züge" von verschiedenen slawischen Kulturen, wie den Kulturen Rußlands, Polens, der CSSR und Bulgariens, gleicht nicht zufällig vollkommen der panslawistischen Theorie der alten Zaren Rußlands über die „Tradition slawischer Identität". Der Panslawismus der alten wie der neuen Zaren ist seinem Wesen nach nichts anderes als ein aufgeblähter großrussischer Chauvinismus. Schon Engels betonte, daß „der Panslawismus ein Weltherrschaftsschwindel unter dem Deckmantel einer nichtexistierenden slawischen Identität" ist. Auch heute ist es das Streben nach Weltherrschaft, wenn die neuen Zaren den Panslawismus wieder aufwärmen.

Diese chauvinistische Politik der russischen Sozialimperialisten findet bei ihren Vasallen in Prag, Warschau und Ostberlin volle Unterstützung. Die revisionistische Honecker-Clique zum Beispiel redet zwar nicht so sehr von „gemeinsamen Zügen" der slawischen Kulturen, aber auch sie propagiert auf ihre Weise die Unterordnung unter den großrussischen Chauvinismus. So behauptete der Präsident des Kulturbundes der DDR, Burghardt, es gäbe eine „Annäherung der Kulturen der sozialistischen Brudervölker" — was nicht anders zu verstehen ist, als daß die deutsche Kultur in der DDR zunehmend unter die Fuchtel der russischen Sozialimperialisten geraten ist.

Den wahrhaft sozialistischen Kulturen ist gemeinsam ihre revolutionäre und kommunistische Gesinnung, das gemeinsame Ziel, dem Sieg des Kommunismus in der Welt zu dienen. Keineswegs aber geben diese sozialistischen Kulturen ihren nationalen Charakter auf. — Im Gegenteil, die neue sozialistische Kultur baut sich auf dem fortschrittlichen Erbe der nationalen Kultur auf und entwickelt sie weiter.

Ein Beispiel dafür sind die revolutionären Romane, die zur Zeit Lenins und Stalins unter der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion geschaffen worden sind. Diese Romane, in viele Sprachen übersetzt, wurden von den Proletariern vieler Länder begeistert gelesen und stärkten sie in ihrem Kampf.

Sie waren und sind zumal deshalb eine außerordentlich wertvolle Hilfe, weil das Proletariat in den kapitalistischen Ländern, in denen die Bourgeoisie die nationale Kultur des Volkes unterdrückt und zu zerstören sucht, nicht über solche Möglichkeiten verfügt, auf dem Gebiet der Kultur zu arbeiten, wie das Proletariat in einem sozialistischen Land. Doch diese Romane, um bei dem Beispiel zu bleiben, heben nicht etwa die Notwendigkeit auf, die eigene nationale Kultur in breitestem Maße zu entwickeln, sondern sie sind vielmehr ein Ansporn, die Entwicklung der eigenen proletarischen Kultur voranzutreiben.

In den revisionistisch-kapitalistischen Ländern aber herrscht heute die revolutionäre, kommunistische Kultur nicht mehr. Mehr noch: Die neuen Zaren üben einen starken Druck auf die nationalen Kulturen dieser Länder aus. Die russische Kultur ist das Maß aller Dinge geworden. Die von den neuen Zaren hochgepäppelten reaktionären Schriftsteller, Dichter und Filmregisseure werden sofort in allen anderen revisionistischen Staaten propagiert, ihre Schundwerke werden sofort dort verlegt, und sie selber sind die Stars Nummer eins der Kulturprogramme Berlins, Prags und Budapests. Kaum hatte Chruschtschow Solschenyzin oder Jewtuschenko „entdeckt", wurden deren Romane und Gedichte in alle Sprachen des Ostblocks übersetzt und herausgegeben. Als Breschnew das revisionistische und offen arbeiterfeindliche Theaterstück „Protokoll einer Sitzung" lobend hervorhob, wurde es ebenfalls sofort ins deutsche, polnische, ungarische usw. übersetzt und steht seitdem auf dem Spielplan bedeutender Theaterhäuser — wenn auch mit wenig Erfolg. Wenn man diesen elenden Zustand des Kulturbetriebs in den revisionistischen Ländern meint, dann kann man sicherlich von „gemeinsamen Zügen" sprechen.

Imperialisten sind bekanntlich unersättlich. Die russischen neuen Zaren begnügen sich nicht mit der Herrschaft über die nichtrussischen Völker in der UdSSR und über die Herrschaft der Völker der Ostblockstaaten. Sie streben nach Weltherrschaft. Deswegen unternehmen sie, um ihre Pläne zu erreichen, auch auf dem Bereich der Kultur entsprechende Anstrengungen. Ein Beispiel für ihre aggressive Kulturpolitik ist das schon erwähnte UNESCO-Programm über die slawischen Kulturen. So heißt es im „Neuen Deutschland" über dieses Programm: „Es ist ... eine Tatsache, daß der ganze Reichtum der kulturellen Werte der slawischen Völker noch keineswegs überall und in der nötigen Breite in das Kulturbewußtsein unserer Zeit eingedrungen ist." Um den großrussischen Chauvinismus und Panslawismus „überall" in der Welt und in der „nötigen Breite" bekannt zu machen, wurde in Ostberlin am Ende der UNESCO-Tagung sogleich eine „Internationale Assoziation für die Erforschung und Verbreitung der slawischen Kulturen" gegründet. Das Ziel dieser Assoziation sei, so schreibt „Neues Deutschland", „die humanistischen und sozialistischen Werte der slawischen Kulturen weltweit fruchtbar zu machen". Zwar wird es nicht offen gesagt, aber der Eindruck, der hiermit unbedingt erweckt werden soll, ist: slawische Kultur sei grundsätzlich „sozialistisch", also sei diese Kultur etwas Besseres, etwas Höheres als die Kulturen anderer Völker. Sicher gibt es sozialistische Werte der russischen Kultur. Nur sind es gerade diese Werte, die von den Revisionisten total unterdrückt werden. Die offizielle Kultur der heutigen sozialfaschistischen Sowjetunion ist rückschrittlich und reaktionär, ihre Grundlage ist der konterrevolutionäre Panslawismus.

In der Zeit Lenins und Stalins wurden in der Literatur große sozialistische Werke geschaffen, in denen die Kämpfe der russischen Arbeiterklasse für den Sieg der Revolution, für den Aufbau des Sozialismus wiedergegeben wurden. Diese begeisternden Werke mit hoher revolutionärer und kommunistischer Moral spornten die Menschen an, noch mehr und noch besser für den Aufbau des Sozialismus, für die Sache der Weltrevolution zu kämpfen. Früher besangen die revolutionären Künstler die heroischen Taten der russischen Jugend, die zum Beispiel unter unsagbar schweren Verhältnissen sozialistische Aufbauarbeit in Sibirien leistete und wo die Jugend diese Tätigkeit auch als wichtigen Schritt zu ihrer eigenen Revolutionierung ansah. Wenn heute ein junger Mann nach Sibirien geht, dann nur, um dort „ein selbständiges Leben zu führen ohne fremde Rezepte" und zu zeigen, daß er „einen willenstarken Charakter" hat und allen anderen überlegen ist. So ist es auch nachzulesen in der Erzählung von A. Toboljak „Die Geschichte einer Liebe".

Früher waren klassenbewußte Arbeiter und Bauern die Helden in Romanen, Gedichten und Liedern. Heute wird, ähnlich der panslawistischen Vorstellung vom „ewig unveränderlichen russischen Geist", in Literatur und Kunst die „Einmaligkeit der russischen Seele und Natur" hervorgehoben. So lobte eine ungarische revisionistische Zeitung den russischen Schreiberling V. Suskin, er würde in seinen Werken einen „ur-russischen, hart-reinen, großherzig-menschlichen" Typen schaffen. Nicht anders als bei den Hitler-Faschisten wird hier von den russischen Sozialimperialisten ein angebliches „Sendungsbewußtsein" der Russen propagiert, an dem die Welt angeblich genesen soll.

Wie Hitlers großdeutscher Chauvinismus beruht das panslawistische Geschrei der russischen Sozialimperialisten auf der theoretischen Grundlage von der „Überlegenheit der Rasse". Und wie Hitler von der „germanischen Rasse" schwärmte, um damit die Weltherrschaftsansprüche des deutschen Imperialismus zu rechtfertigen, so macht es heute Breschnew, wenn er behauptet, daß nur „die slawische Nation, insbesondere die russische Nation, die Fähigkeit besitze, die von allen Nationen über Generationen hinweg geschaffene Weisheit als Erbe zu übernehmen und weiterzuentwickeln." Der großrussische Chauvinismus, der mit dem „Panslawismus" hausieren geht, ist eine durch und durch faschistische Erscheinung, denn sein Ziel ist die Aggression gegen andere Nationen und deren Unterwerfung.

Charta 77

Ein bürgerliches, antikommunistisches Manifest

„Wir appellieren an die Verantwortlichen, vom Wege der Repression gegen ehrenwerte und in Europa geachtete Bürger abzulassen." — mit diesen Worten setzte sich Willy Brandt, Vorsitzender der SPD und Präsident der Sozialistischen Internationale, für die Anhänger der „Charta 77" in der CSSR ein. Bereits diese warmherzige Anteilnahme eines bedeutenden Verkünders der Interessen der westlichen Imperialisten spricht Bände über die wahren Absichten, die diese Oppositionsbewegung verfolgt. Es ist eine bürgerliche Oppositionsbewegung. Wenn sie vom Kampf für die Freiheit spricht, dann meint sie damit einzig und allein die Freiheit, einen anderen, westlich orientierten kapitalistischen Weg ungehindert verfolgen und propagieren zu können.

Die Anhänger der „Charta 77" versuchen über ihre wahren Interessen und Absichten hinwegzutäuschen, indem sie sich in der ganzen Welt als Kämpfer gegen die faschistischen Regime in der Sowjetunion, in Polen, der CSSR, Ungarn feiern lassen, indem sie sorgsam bedacht sind, auch einige Arbeiter in ihren Reihen zu haben, um sich so glaubwürdiger als Vertreter des Volkes bezeichnen zu können und indem sie sich als „Sozialisten" bezeichnen, die für einen humanen, freiheitlichen, demokratischen Sozialismus eintreten. Nun stimmt es zweifellos, daß diese Leute die sozialfaschistischen Regime, von denen sie ja auch auf die eine oder andere Weise verfolgt werden, kritisieren. Aber daraus folgt natürlich keineswegs, daß diese Kritiker auch fortschrittlich sein müssen. Schließlich kritisieren auch Strauß und Dregger die Verhältnisse in den Ländern des Warschauer Paktes — und zwar durchaus im Einklang mit ihren bürgerlichen, imperialistischen Vorstellungen. Fortschrittlich ist die Kritik an den sozialfaschistischen Regimen nur, wenn sie im Einklang steht mit den Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen, wenn sie im Einklang steht mit dem Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung in den Ländern des Warschauer Paktes.

Das aber ist bei den Anhängern der „Charta 77" nicht der Fall. Im Gegenteil. So wehrte sich einer von ihnen, Pawel Kohut, mit folgenden Worten dagegen, „Dissident" genannt zu werden: „Der Osten heftet uns dieses Etikett an. Es unterstellt etwas Militantes, Unanständiges, etwas, was gegen die staatliche Ordnung gerichtet ist."

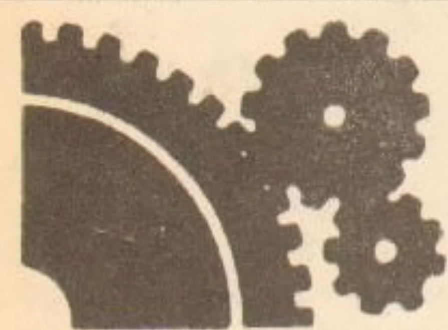
Was aber ist denn die „staatliche Ordnung", für die Kohut sich hier starkmacht, anderes als eine kapitalistische staatliche Ordnung, als ein Machtinstrument, mit dem die neue Bourgeoisie in den Ländern des Warschauer Paktes ihre Ausbeuterordnung schützt? Wer sich auf der einen Seite für diese staatliche Ordnung starkmacht, wer betont, daß er für die Einhaltung des geltenden Rechts ist, und auf der anderen Seite den Werktätigen Gewaltlosigkeit predigt — der ist ein Propagandist der Bourgeoisie und ein Feind der Arbeiterklasse. Welche Absichten diese Leute mit ihren „Freiheits- und Humanismus-Parolen" verfolgen, zeigte sich am deutlichsten, als die Mitglieder des heutigen „Arbeiterkomitees" in Polen nach den heldenhaften Kämpfen der polnischen Arbeiterklasse im Juni letzten Jahres mehr „demokratische Freiheiten" forderten, um, wie sie sagten, solche „gefährlichen Ausbrüche öffentlicher Unzufriedenheit" in Zukunft zu verhindern.

Das ist ein klares Eingeständnis dessen, daß man sich allen Meinungsverschiedenheiten und Widersprüchen zum Trotz in einem völlig einig ist — im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, im Kampf gegen die sozialistische Revolution und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion, in Polen, der CSSR, in Ungarn usw.

Dagegen spricht keineswegs, daß die Anhänger der „Charta 77", die wie schon vor ihnen Biermann für den sogenannten Eurokommunismus eintreten, von den herrschenden sozialfaschistischen Regimen verfolgt werden. Denn, wenn diese Leute auch für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus in den Ländern des Warschauer Paktes sind, so sind sie doch gegen die gegenwärtigen Machthaber. Sie verfolgen einen anderen revisionistischen Kurs, einen anderen kapitalistischen Weg, wie ihn lange vor ihnen die revisionistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens längst eingeschlagen haben. Daß solche Kräfte auch in den Ländern des Warschauer Paktes erstarken, ist keineswegs ein Zufall. Es ist vielmehr die logische Folge des Verrats der sowjetischen Revisionisten und der anderen osteuropäischen Revisionistenhäupter, die die Diktatur des Proletariats stürzten, den Kapitalismus restaurierten und die revisionistische friedliche Koexistenz, die Zusammenarbeit mit dem westlichen Imperialismus auf allen Gebieten — wirtschaftlich, politisch und kulturell — betrieben. Die sowjetischen Revisionisten selbst sind es also, die die Geister beschworen haben, die ihnen heute beträchtliche Sorge bereiten.

Welche Formen die Auseinandersetzung im revisionistischen Lager auch annehmen mag — auf keinen Fall kann die Arbeiterklasse in diesem Streit innerhalb der Reihen der Bourgeoisie für die eine oder die andere Seite, für den Revisionismus Marke Breschnew oder für den Revisionismus Marke Dubcek, Kohut, Biermann usw. Partei ergreifen. In beiden Fällen würde sie sich vor den Karren ihres Todfeindes, der Bourgeoisie, spannen. Freiheit und Demokratie für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen wird in den Ländern des Warschauer Paktes erst dann Wirklichkeit werden, wenn unter der Führung einer marxistisch-leninistischen Partei der kapitalistische Staat gewaltsam gestürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet wird.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

'Den Bonzen wird diese Versammlung noch lange in den Gliedern sitzen'

Liebe Genossen!

Ich möchte euch heute über die Mitgliederversammlung der Hauptabteilung Gesundheitswesen der ÖTV in Nürnberg vom 10. 1. 77 berichten.

Als erster Tagesordnungspunkt wurde die Tarifrunde behandelt. Ein Mitglied der Kreisverwaltung der ÖTV versuchte, die 8%-Forderung des Hauptvorstandes zu verteidigen, allerdings ohne Erfolg.

Anschließend sprach eine Kollegin. Sie erklärte, daß die große Mehrheit der Kollegen dafür ist, anstelle einer Prozentforderung eine Linear- bzw. Festgeldforderung aufzustellen, denn die Großverdiener bekommen bei einer Prozentforderung unverhältnismäßig mehr Geld als wir. Und diese Großverdiener sind dann ja meist Vorgesetzte, die die Arbeitshetze und Rationalisierung vorantreiben. Diesen Leuten darf nicht zusätzlich noch Geld zugeschoben werden. Die Kollegin bekam großen Beifall. Dann sprach ein Kollege und verlas eine Resolution:

„Wir fordern: 170 DM für alle; 300 DM Urlaubsgeld plus 50 DM zuzüglich pro Kind; 120 DM mehr für die Auszubildenden; die Urlaubsstaffelung nach Lohnstufen muß abgeschafft werden."

Der Vertreter der Kreisverwaltung jammerte nun: „Wenn diese Forderung durchkommt, gibt es so harte Verhandlungen, daß auch ein Streik notwendig wird, und das ist für die Bundesrepublik ein nationales Unglück. Wir dürfen auch nicht mit solchen Forderungen den öffentlichen Arbeitgeber provozieren; eine Prozentforderung kann viel eher durchgebracht werden, weil sie auch den Verhandlungsgegnern etwas einbringt."

Dem Bonzen wurde jedoch entgegnet, daß nicht wir die „Provokateure" sind, sondern dieser Staat. Unser Kampf ist nur die Antwort auf Teuerung, Rationalisierung und Arbeitshetze. Und die Festgeldforderung liegt im Interesse der Kollegen.

Die Abstimmung ergab für die Resolution 40 Stimmen und vier Gegenstimmen. Diese Gegenstimmen kamen von den drei Personalräten und der Oberin.

Danach wurde über die Nichteinstellung eines Medizinalassistenten als Vollassistent beraten. Der Kollege hatte die Aufforderung erhalten, seine „Verfassungstreue" nachzuweisen, weil er vor einigen Jahren für Uni-Basisgruppen kandidiert hat und außerdem bei einer italienischen Kulturgruppe war. Der Kollege weigerte sich jedoch, darauf einzugehen, da er gegen die Gesinnungsschnüffelei im öffentlichen Dienst ist.

Die ÖTV-Bonzen weigern sich, ihn zu unterstützen. Begründung: Es sei anzunehmen, daß er mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen nicht einverstanden sei, und er habe Sympathien für den KBW. Der Kollege legte nun eine Resolution gegen den „Radikalenerlaß" und für seine Einstellung in der Psychatrie vor (in der Klinik fehlen zehn Ärzte!).

Die Station und die Klinik befürworten die Einstellung. Die ÖTV-Bonzen jedoch „warnten" die Versammlung davor, die Resolution anzunehmen, da der Verfasser ein „Gewerkschaftsfeind" sei.

Die Abstimmung ergab: 36 Stimmen für die Resolution, vier dagegen und vier Enthaltungen.

Die Abfuhr, die die Gewerkschaftsführung auf dieser Versammlung erlitt, war klar und deutlich. Die Kollegen haben gesehen, daß die Bonzen der ÖTV klar auf der anderen Seite stehen. Den Bonzen wird diese Versammlung noch lange in den Gliedern sitzen.

Rot Front!

Eine Genossin aus Nürnberg.

Erpressung ausländischer Kollegen

Die staatliche Willkür zur Abschiebung ausländischer Kollegen scheut sich nicht, deren Notlage durch üble Tricks und Erpressung auszunutzen. Wir kennen mehrere Kollegen, denen nach über 10 Jahren Schuften nun die unbefristete Arbeitserlaubnis verweigert wird und die mit Abschiebung bedroht werden. Die unbefristete Erlaubnis wird laut „Gesetz" nach fünf Jahren dauernder Beschäftigung auf Antrag gewährt, aber die Wirklichkeit sieht so aus, daß sich die Kollegen die Hacken wundlaufen müssen, um überhaupt noch drei Monate genehmigt zu bekommen.

Eine persische Kollegin ist nun vom Arbeitsamt regelrecht erpreßt worden, ihre eigene Abschiebung zu unterschreiben. Ihre alte Stelle wurde gekündigt und ihr drohte die Abschiebung. Nach entnervender Suche nach einer neuen Stelle erhielt sie die Arbeitserlaubnis nur unter der Bedingung, die Bundesrepublik in zwei Jahren zu verlassen.

'Hauptsache die Produktion läuft, egal was passiert'

Ich arbeite in einem Zweigwerk der Fichtel & Sachs AG. Wir gießen für F&S die meisten Teile ihrer Produktion und stehen bei ihrer zur Zeit hohen Auftragslage unter einem hohen Produktionsstreß, so daß wir auch samstags mindestens immer eine Schicht, teilweise auch zwei oder drei Schichten arbeiten müssen. Auch die üblichen Werksferien zwischen Weihnachten und Neujahr fallen heuer flach.

Bei uns geht es immer nach der Devise: Hauptsache die Produktion läuft, egal was passiert (und wenn wir Arbeiter nach der Schicht auf allen Vieren aus dem Werk kriechen müßten). So wird nach diesem Wahlspruch auch nicht viel Rücksicht auf die Arbeiter genommen.

So gibt es bei uns Stanzen, mit denen die Gußblöcke mit verschiedenen Kupplungsringen ausgestanzt werden. Vor jeder dieser Stanzen war ein Sicherheitsgitter, das Unfälle verhinderte, weil es erst hochging, wenn die Stanze oben eingerastet war. Dies ging gut, bis ein „findiger" Ingenieur auf die Idee kam, das Gitter zu entfernen und so die Produktion zu erhöhen. Und so wurde das Gitter entfernt.

Das ging eine Zeitlang „gut". Der Akkordsatz wurde erhöht. Der Arbeitsstreß vergrößerte sich und die Unfallgefahr ebenso. Aber dies störte die Herren gar nicht. Es trat ein, was kommen mußte: Einem Arbeiter wurden von der rechten Hand die Finger abgequetscht, als die Stanze in der oberen Stellung nicht einrastete und wieder herunterfiel. Wäre das Gitter noch vorhanden gewesen, hätte der Arbeiter nicht schon in die Stanze hineinlangen können. Nach diesem Unfall wurden die Gitter zwar wieder angebracht, aber dem „findigen" Ingenieur geschah nichts. Der geschädigte Arbeiter wurde zwar nicht entlassen; er darf jetzt die Umkleideräume und Duschen reinigen.

Bei anderen Gelegenheiten wird bei uns genauso rücksichtslos auf Kosten der Arbeiter vorgegangen. So wurde ein Stapler, bei dem die Bremsen absolut nicht funktionierten, erst nach einer Woche aus dem Verkehr gezogen, weil kein Ersatz vorhanden war. Aber so etwas ist bei uns typisch.

Rot Front

Arbeitsgerichtsprozeß gegen Rote Betriebsräte von KHD

Aus dem Betriebsrat ausgeschlossen

Am 27. Januar fand in Köln die Fortsetzung des Arbeitsgerichtsprozesses des IGM-Apparates gegen die beiden Roten Betriebsräte von KHD, Anne Fleischel und Franz Meyer, statt. Der IGM-Apparat hatte beantragt, daß die beiden Betriebsräte der Roten Liste aus dem Betriebsrat ausgeschlossen werden sollen. Genosse Franz Meyer ist bereits vor längerer Zeit wegen seines Kampfes für die Interessen der Kollegen und seiner kommunistischen Gesinnung von den KHD-Kapitalisten mit Zustimmung des Betriebsrats fristlos entlassen worden.

Am Anfang der Verhandlung trug IGM-Rechtsanwalt Ulrich noch einmal die Vorwürfe der reaktionären Betriebsratsclique um Bleffert gegen die Rote Liste vor. Erstens: fortgesetzte Beleidigung, weil sie von den Roten Betriebsräten mit Begriffen wie „Arbeiterverräter", „Kapitalistenknecht" usw. belegt worden seien. Zweitens: Unmöglichkeit einer „konstruktiven Zusammenarbeit", denn die Roten Betriebsräte hätten „immer dagegen gestimmt" und durch ihre Anträge den Betriebsrat „von seiner eigentlichen Arbeit" abgehalten. (Gemäß den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes besteht die eigentliche Arbeit eines Betriebsrats bekanntlich darin, die Arbeiter und kleinen Angestellten im Interesse der Kapitalisten zu betrügen und sie vom Kampf für ihre Interessen abzuhalten). Drittens hätten die Roten Betriebsräte geäußert, das BVG sei ein Gesetz der Kapitalisten, an das sie sich nicht halten würden.

Eine Stellungnahme der Roten Betriebsräte zu diesen „Vorwürfen" ließ der Richter nicht zu. Dann kam Betriebsratsvorsitzender Bleffert in den Zeugenstand. Nachdem der IGM-Anwalt seine Fragen an Bleffert gestellt hatte, wollte der Richter zunächst verhindern, daß die Roten Betriebsräte ebenfalls ihr Fragerecht in Anspruch nahmen. Sie wehrten sich jedoch dagegen mit Erfolg. Nun nahm der Richter Bleffert ständig in Schutz und wies Fragen als nicht zur Sache gehörig ab. So z. B. auch die Fragen, die sich auf den Posten Blefferts als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von KHD bezogen. Auch die Tatsache, daß Bleffert im Betrieb Beleidigungen gegenüber Franz Meyer losgelassen hatte wie „Linksfaschist" und „Schwein", tat der Richter als nicht zur Sache gehörend ab.

Genossin Anne wies in ihrem Schlußwort konkret anhand von zählreichen Beispielen nach, wie die Clique der reaktionären IGM-Betriebsräte ständig die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten bei KHD mit Füßen getreten und sich als Handlanger der Kapitalisten betätigt hatte. Sie zeigte auf, daß ihr Ausschluß aus dem Betriebsrat und ihre Entlassung schon von Anfang an von den KHD-Kapitalisten und vom IGM-Apparat geplant worden waren, weil sie als Kommunist konsequent für die Interessen der Kollegen und für die Stärkung des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrükkung eingetreten war.

Schließlich wurde dann das Urteil verkündigt: **der Antrag auf Ausschluß der Roten Betriebsräte wird angenommen.** So zeigte das Arbeitsgericht in diesem Prozeß offen seine Rolle als Unterdrückungswerkzeug der Kapitalisten zur Niederhaltung der Arbeiter und kleinen Angestellten. Das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Die Roten Betriebsräte haben Berufung eingelegt. Der Kampf gegen ihren Ausschluß aus dem Betriebsrat und gegen den Versuch, auch Anne aus dem Betrieb zu werfen, wird entschlossen weitergeführt.

Empörung über IGM-Verrat

Fortsetzung von Seite 1

Der Gewerkschaftsapparat steht jedoch in Alarmbereitschaft, besonders jetzt während der Tarifrunde, um jeden Ansatz zu einer solchen Bewegung abzuwiegeln. Dagegen durchzukommen ist schwer, wenn in den Betrieben keine revolutionäre Kampforganisation existiert, die möglichst alle diejenigen Kollegen zum gemeinsamen Handeln vereint, die bereit sind, sich aktiv für die Organisierung revolutionärer Aktionen und Streiks gegen die Kapitalisten und den Gewerkschaftsapparat einzusetzen. Eine solche Organisation braucht die Arbeiterklasse, um sich gegen die Angriffe der Kapitalisten besser wehren zu können und um ihre Kampfbereitschaft in machtvolle Kampfaktionen umzusetzen.

Heißt das, daß wir der Meinung sind, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine neue Gewerkschaft gegründet werden muß? Keineswegs. Das hätte keinen Zweck. Denn auch wenn der Haß gegen die DGB-Bonzen unter den Kollegen zunimmt und das Bewußtsein wächst, daß diese Herren mit den Kapitalisten unter einer Decke stecken, so sind sich doch die meisten Kollegen noch nicht genügend darüber klar, daß der Gewerkschaftsapparat in jeder Beziehung unsere Interessen mit Füßen tritt und daß er nicht nur einzelne Verrätereien begeht, sondern daß seine gesamte Tätigkeit und Politik durch und durch reaktionär und arbeiterfeindlich ist. Der Kern des Verrats des Gewerkschaftsapparats, der Kern seiner Rolle als Instrument der Kapitalisten zur Abwiegelung, Spaltung und Niederhaltung unserer Kämpfe liegt in der Politik der Klassenversöhnung. Mit anderen Worten: in der Politik des „Interessenausgleichs" zwischen Kapitalisten und Arbeitern, in der Politik der „Rücksichtnahme" auf die sogenannte „wirtschaftliche Vernunft", der „Mitbestimmung" und „Mitverantwortung".

In Wahrheit kann es zwischen Kapital und Lohnarbeit kein gemeinsames Interesse geben. Der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten ist unversöhnlich. Deshalb ist die Politik des Gewerkschaftsapparates in Wahrheit gegen jeden konsequenten Kampf gerichtet, ist sie Streikbruchpolitik, Verrat und Betrug an den Arbeitern. Manche Bonzen bringen das sogar ziemlich offen zum Ausdruck. So z. B. der Wittener IGM-Sekretär Battefeld. Am Tag nach dem 6,9%-Verrat sagte doch dieser Lakai des Kapitals auf einer Belegschaftsversammlung bei Siemens/Witten, er halte diesen Abschluß noch für zu hoch, weil er „wirtschaftlich nicht zu verantworten" sei. Natürlich sind die meisten Vertreter des IGM-Apparates nicht so blöde, ihre Arbeiterfeindlichkeit derartig offen zur Schau zu stellen. Sie tarnen sich mit „radikal" klingenden Sprüchen und gehen raffinierter vor. Dadurch können sie viele Kollegen zeitweise über ihre wahren Absichten täuschen. Aber trotzdem hätte der DGB-Apparat nicht mehr so starken Einfluß in der Arbeiterklasse, wenn alle Kollegen sich darüber klar wären, daß nur durch den revolutionären Klassenkampf die Angriffe des Kapitals wirkungsvoll bekämpft werden können und daß jede Rücksichtnahme auf das kapitalistische Wirtschafts- und Herrschaftsystem nichts anderes bedeutet als Unterstützung der Ausbeutung und Unterdrückung des Arbeiters.

Würden wir also heute eine revolutionäre Gewerkschaft gründen, dann würde nur ein kleiner Teil der Arbeiterklasse dabei mitmachen. Die große Mehrheit bliebe in den DGB-Gewerkschaften. Damit wäre aber nichts gewonnen, denn eine Gewerkschaft hat ja nur dann einen Sinn, wenn sie in der Lage ist, Kämpfe der breiten Massen der Arbeiterschaft zu organisieren und durch die revolutionäre Ausrichtung von Massenstreiks die Kapitalisten zu Zugeständnissen zu zwingen.

Wenn es also einerseits falsch ist, heute eine neue Gewerkschaft zu gründen, so ist es jedoch andererseits opportunistischer Verrat, die „Eroberung" der DGB-Gewerkschaften für die Interessen der Arbeiterklasse zu propagieren, wie z. B. die Führung des KBW es tut. Denn dadurch verbreitet man doch unter den Kollegen neue Illusionen über den DGB und seine Politik. Dadurch unterstützt man die verlogene Demagogie der D„K"P-Revisionisten, die immer die „Einheit" mit dem Gewerkschaftsapparat und sogar mit solchen Oberbonzen wie Vetter oder Loderer predigen (obgleich letztere sogar selbst Monopolkapitalisten sind). Genau das Gegenteil ist notwendig: nämlich Klarheit zu schaffen darüber, daß jede Einheit mit Handlangern und Agenten des Kapitals, mit dem Gewerkschaftsapparat und allen Arbeiterverrätern, die Arbeiterklasse entwaffnet, spaltet und vom Kampf abhält. Wer mit diesem Gewerkschaftsapparat gemeinsame Sache macht, der doch völlig verfilzt und verwachsen ist mit dem Kapital und dem kapitalistischen Staatsapparat, wer ihn „umfunktionieren" oder „reformieren" will, der übt Verrat am revolutionären Klassenkampf, denn er praktiziert selbst Klassenversöhnung und Paktierertum mit der Kapitalistenklasse.

Der einzig richtige Weg, um die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse voranzutreiben und um in den Betrieben eine Organisation aufzubauen, die den Kampf der Arbeiter für Lohnforderungen, den Kampf für die Tagesinteressen richtig führen und die Streikbruchtaktik und Sabotage des Gewerkschaftsapparates durchkreuzen kann, ist deshalb der Weg der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Wir müssen nach und nach innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, vor allem aber in den Betrieben, immer mehr klassenbewußte Kollegen von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus überzeugen und sie dafür gewinnen, sich für die Vorbereitung und Durchführung von kleinen und großen Aktionen zusammenschließen, angefangen von der Erstellung von Flugblättern bis hin zu Streiks und Demonstrationen. Zu diesen Aktionen gehört es z. B. auch, den Kampf für die Wahl Roter Betriebsräte und Vertrauensleute bzw. Jugendvertreter zu führen. Bei allen Aktivitäten muß man jedoch unbedingt gegenüber allen Arbeiterverrätern, vor allem gegenüber der revisionistischen D„K"P und dem reaktionären Gewerkschaftsapparat, einen scharfen Trennungsstrich ziehen. Man muß unter den Kollegen diese Verräter und Agenten des Kapitals und ihre Tricks und Manöver entlarven und dafür sorgen, daß die Kollegen Vertrauen in die eigene Kraft bekommen und selbständige Kämpfe, unabhängig vom Gewerkschaftsapparat und gegen ihn zur Durchsetzung der eigenen Forderungen führen. Mit einem Wort: in Betrieb und Gewerkschaft muß eine organisierte revolutionäre Front der Arbeiter gegen das Kapital und den DGB-Apparat, gegen Arbeiterverrat und Klassenversöhnungspolitik aufgebaut werden. Jeder klassenbewußte Kollege, der aus der Niederlage der Metaller in der Tarifrunde die Konsequenzen ziehen will, muß in diesem Sinne den Aufbau der RGO unterstützen.

Hohe Arbeitslosenzahlen im Saarland

Konzerne verdienen an der Misere

Das Saarland ist bekanntlich ein wirtschaftlich besonders krisengeschütteltes, „strukturschwaches" Gebiet. Für die werktätige Bevölkerung bedeutet das, daß die Kapitalisten besonders frech und brutal die Ausbeutung verschärfen, es bedeutet niedrigeren Lebensstandard und schneller wachsendes Elend. 8,8% heißt die Arbeitslosenrate z. B. für den Arbeitsamtsbezirk Neunkirchen. Berücksichtigt man die Dunkelziffer der vom Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen, dann heißt das, daß jeder zehnte Werktätige keine Arbeit findet. Nach der Statistik des Arbeitsamtes kommt im Bereich Neunkirchen auf zehn gemeldete Arbeitslose eine offene Stelle. Mithin haben die meisten Arbeitslosen hier nur äußerst geringe Chancen, in absehbarer Zeit wieder eine annehmbare Arbeitsstelle zu finden.

Die bürgerliche Propaganda stellt diese Verhältnisse im Saarland als quasi „naturgegeben" hin, als Ergebnis der besonderen geographischen Lage. Aber in Wahrheit sind diese Verhältnisse das Produkt der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Weil nur das Profitinteresse der Kapitalisten zählt, ist dieses Gebiet seit Generationen einseitig auf Eisen und Kohle ausgerichtet. Mitte der sechziger Jahre kam das große „Zechensterben", denn um sich weiterhin Maximalprofite zu sichern, mußten die Energiekonzerne auf Erdöl umschalten. So wurden Zehntausende von Arbeitsplätzen an der Saar vernichtet.

Immer wieder verkündeten die Herren Politiker in Saarbrücken und Bonn, alles würde getan, um die kranke industrielle Struktur des Saarlandes umzugestalten. Aber das Kapital war weder ernsthaft daran interessiert noch dazu fähig, diese Misere zu überwinden. Alle Maßnahmen und Projekte, die angeblich dazu unternommen wurden, erwiesen sich stets nur als Vorwand, unter dem der Staat den Kapitalisten im Namen des „Gemeinwohls" fette Subventionen und Steuergeschenke zuschob. Mit einem Wort: Die Kapitalisten nutzen die Misere an der Saar skrupellos aus, um sich zusätzlich auf Kosten der Werktätigen zu bereichern.

Das neueste Projekt, das man den Werktätigen als eine Maßnahme zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit und zur „Strukturverbesserung" verkauft, ist nun die Saarkanalisierung. Die Saar soll zur Großschiffartsstraße ausgebaut werden. Für die betroffenen Anwohner bedeutet das, daß Grünanlagen und Erholungsgebiete vernichtet werden. Es bedeutet schwerwiegende Eingriffe in das Stadtbild Saarbrückens. Es bedeutet, daß durch die Verminderung der Fließgeschwindigkeit die Saar vollends zur stinkenden Kloake wird. Die Bauern links und rechts der Saar bis zur Mosel müssen gar mit der Verödung ihres Ackerlandes infolge der Senkung des Grundwasserspiegels rechnen.

1,3 Milliarden DM an Steuergeldern soll für die Saarkanalisierung ausgegeben werden. Dies und die umweltzerstörerischen Auswirkungen des Projekts rechtfertigen alle bürgerlichen Parteien einschließlich der D„K"P damit, daß das Projekt angeblich „der Gemeinschaft" nützt und Arbeitsplätze sichert. Das ist jedoch Betrug. Nutznießer sind einzig und allein die Großkapitalisten, die Konzernherren der Halberger Hütte, der Stahlwerke Röchling, des Neunkirchner Eisenwerks usw. Sie erhalten so auf Staatskosten billigere Transportmöglichkeiten.

Die werktätige Bevölkerung im Saargebiet nimmt den Herren ihre „edlen Absichten" nicht mehr so schnell ab. Durch bittere Erfahrungen gewitzt, begegnet sie den Beteuerungen mit großem Mißtrauen. Viele Arbeiter und kleine Angestellte erinnern sich noch sehr gut an das Gerede vom „Gemeinwohl" und von der „Schaffung sicherer Arbeitsplätze" im Zusammenhang damit, daß Firmen, die im Saarland Produktionsstätten eröffnen, fette „Niederlassungsprämien" und Steuergeschenke in den Rachen gestopft bekommen. Inzwischen hat das Leben gezeigt, wie verlogen diese Phrasen vom „Gemeinwohl" sind. Nehmen wir das Beispiel von Siemens in St. Wendel.

Dieses Werk, das kürzlich stillgelegt wurde, gründete Siemens vor 16 Jahren in den Hallen einer ehemaligen Tabakfabrik. Die Produktion wurde auf Telefongerätebau spezialisiert. Siemens kassierte die entsprechenden Prämien und Steuergeschenke und ließ sich als soziales Unternehmen, als „Freund und Helfer" der benachteiligten Bevölkerung im Saarland feiern. Es wurde angekündigt, der Betrieb würde auf eine Belegschaftsstärke von 3000 Beschäftigten ausgebaut. In Wahrheit aber lagen schon lange Pläne in den Schubladen der Siemens-Konzernherren, die jene Produktionsstätten, die angeblich in St. Wendel Tausenden Arbeit und Brot verschaffen sollten, als Teil eines großen, neu zu bauenden Werkes in Witten an der Ruhr festlegten. Und diese Pläne wurden auch realisiert. Kurz nach der Eröffnung des Werkes in St. Wendel wurde das große Werk in Witten gebaut. Die Belegschaftszahl in St. Wendel jedoch kam nie über 600 hinaus. Schon vor Jahren begannen dann schubweise Entlassungen. Natürlich hieß es damals, durch die Verringerung der Belegschaftszahl würden die übrigen Arbeitsplätze sicher gemacht. Aber die jetzige Stilllegung zeigt, daß auch das nur eine Lüge war. Nebenbei: Zwei Drittel der Belegschaft waren sogenannte „Mitinhaber", d. h., sie waren im Besitz von Belegschaftsaktien und hatten, so die „Frankfurter Rundschau", „das Privileg, sich selbst entlassen zu dürfen".

Aber Siemens ist wie gesagt nur ein Beispiel von vielen. Seit 1960 wurden 75 Firmenniederlassungen im Saarland neu registriert. In den meisten Fällen waren dies kleine Werke, die von Großkonzernen errichtet wurden, um in den Genuß der Niederlassungsprämien und Steuervergünstigungen zu kommen, sogenannte „Rucksackbetriebe". Bis Ende 1974, also noch in der Zeit vor dem „konjunkturellen Einbruch", hatten von den 75 Neulingen 54 ihre Zelte wieder abgebrochen. Sie hatten ihren Reibach gemacht, alles andere interessierte sie einen Dreck. Zurück blieben Industrieruinen, verfallende Fabriken zwischen Gestrüpp und Unrat. Und zurück blieben die arbeitslosen Arbeiterinnen, Arbeiter und kleinen Angestellten, die sich Hoffnungen auf einen sicheren Arbeitsplatz, auf eine gesicherte wirtschaftliche Existenz gemacht hatten. Die wenigsten von ihnen hatten das Glück, wieder Arbeit zu finden.

Doch zurück zum Projekt der Saarkanalisierung. Daß auch in diesem Fall das Gerede von Sicherung der Arbeitsplätze nur der Täuschung der Werktätigen dient, zeigen jetzt schon die Tatsachen. Man sagt, durch die Kanalisierung würden die Firmen an der Saar in ihrer Investitionsbereitschaft angereizt, weil ihnen höhere Gewinne winken. Das mag sein. Aber die Devise der Saarkapitalisten, das zeigen alle Erfahrungen, wird dabei heißen: „Mit weniger Arbeitern mehr produzieren." Die verstärkten Investitionen werden der Rationalisierung dienen und das Ergebnis wird nicht die Schaffung neuer und sicherer Arbeitsplätze, sondern die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen an der Saar sein. So steht heute bereits fest, daß das Neunkirchener Eisenwerk 1000 Kollegen entlassen will. Genauso sicher ist, daß das neue Oxygenstahlwerk der Stahlwerke Röchling in Völklingen nicht zur Vergrößerung, sondern zur Verkleinerung der Belegschaft dienen soll.

Aber Tausende von Arbeitern und kleinen Angestellten an der Saar glauben den kapitalistischen Schmarotzern und ihren Politikern nichts mehr von ihren Versprechungen. Sie sehen schon heute, daß man sich im unversöhnlichen Kampf gegen das Kapital und seinen Ausbeuterstaat zusammenschließen muß, so wie die KPD/ML es immer wieder aufzeigt. Sie werden auch erkennen, daß die Arbeiterklasse, um sich wirklich das Recht auf Arbeit und auf eine wirtschaftlich gesicherte Existenz zu sichern, sich zum Kampf für den gewaltsamen Sturz des Kapitalismus durch die sozialistische Revolution erheben muß.



Vor kurzem erschien zum ersten Mal „Die Rote Saar", Zeitung der KPD/ML für Saarbrücken. Sie wird sich bestimmt zu einer scharfen Waffe der Werktätigen Saarbrückens im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung entwickeln. Die Zeitung beginnt mit einem Artikel, in dem die Lüge von der „Sicherung der Arbeitsplätze" durch die Saarkanalisierung widerlegt wird. Ein weiterer Artikel, den wir im folgenden in leicht gekürzter Form abdrucken, geht auf die Entlassungen im Eisenwerk Neunkirchen ein.

Das Eisenwerk schrumpft sich „gesund" – tausend Arbeitsplätze weniger in Neunkirchen!

Jetzt wissen wir es genau, was seit einigen Wochen als Gerücht im Ostsaarland umging: 1000 Leute sollen im NE entlassen werden! Ein harter Schlag für die Ostsaar, wo die Arbeitslosigkeit gerade bei uns sowieso schon enorm hoch ist. Und das alles, obwohl gerade im NE zwei „Patentrezepte" gegen Arbeitslosigkeit angewendet wurden.

Investitionen sichern keine Arbeitsplätze!

Daß Investitionen Arbeitsplätze sichern, hören wir immer wieder von den Politikern, den Kapitalisten und den Gewerkschaften. Ist denn im NE nicht investiert worden? Doch. Gerade in den letzten zehn Jahren wurde viel investiert. Wie teuer waren doch die neue Feinstahlstraße oder die neuen Konverter, die wir gerade bekommen. Aber jede Investition schaffte keine Arbeitsplätze, sondern schaffte welche weg. So wurde der Belegschaftsstand in den letzten 15 Jahren von über 12000 auf etwa 6000 reduziert. In der „Saarbrücker Zeitung" vom 22./23. 1. heißt es, daß „. . . die Belegschaften weiter schrumpfen müssen . . . Aber wenn sich spektakuläre Massenentlassungen vermeiden lassen, wird doch die ‚Abschmelzung' der Belegschaften weitergehen." Das ist es nämlich, worauf es den Herren bei den Investitionen ankommt, auf den Profit, der heute unumschränkter regiert als je zuvor, da soll uns keiner was vormachen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Wieder zwei Tote im Werk Ruhrort

Grausamer Unfall im Oxygen III

Die Serie der tödlichen Unfälle auf der Hütte reißt nicht ab. Nach dem schweren Unfall im Schalthaus der Sauerstoff-Anlage in Ruhrort, bei dem zwei Kollegen getötet wurden und drei Kollegen so schwer verbrannt sind, daß sie noch immer im Krankenhaus behandelt werden müssen, sind es nun schon acht weitere Kollegen, die allein in den ersten Wochen dieses Jahres für den Profit der Thyssen-Kapitalisten sterben mußten.

Arbeitshetze und Akkord sind Mord

Die Arbeitshetze wurde im Verlauf des letzten Jahres in allen Betrieben enorm gesteigert. Denn trotz des Wehklagens der Thyssen-Bosse, daß die Produktion rückläufig sei, läßt sich nicht wegleugnen, daß pro Arbeitsstunde mehr erzeugt und auch entsprechend mehr Profit gemacht wurde.

Oft ist es so, daß weniger Kollegen mehr produzieren. Sie werden mit dem Hinweis auf das Arbeitslosenheer zu größerer Leistung angetrieben. Und man droht ihnen mit Rationalisierungsmaßnahmen (sprich: Entlassung).

Ist es da ein Wunder, daß Kollegen Arbeiten ausführen müssen, ohne die „Sicherheits"-Vorschriften überhaupt einhalten zu können? Daß sie Arbeiten übernehmen, für die sie nicht zuständig und auch nicht ausgebildet sind? –

. . . Dann geschieht es . . .
„Menschliches Versagen",
„Sicherheitsvorschrift nicht beachtet",
„Selbst schuld!"

Das sind dann die zynischen Bemerkungen, die von den wahren Schuldigen, nämlich den Kapitalisten und ihren Handlangern vom IGM-Apparat, ausgestoßen werden.

Für ihren Profit gehen sie über Leichen

Nehmen wir als Beispiel den Unfall in der Sauerstoff-Anlage: Wer ist schuld daran, daß die 5 kV-Anlage in Ruhrort nicht abgeschaltet war? Etwa die Schlosser, die dort verbrannt sind?

Einzig und allein die Profitgier der ATH-Kapitalisten ist es, die es nicht zuließ, daß die Anlage und damit Teile der Produktion auch nur für Minuten außer Betrieb genommen wurden.

Am 9. Januar war es genau das gleiche.: Der Konverter im Oxygen III stand bereit. Er soll beschickt werden. Die Pfanne mit dem Roheisen ist eingetroffen. Nur die Anlieferung von Schrott verzögert sich.

Aber es darf nicht gewartet werden. Keine Minute soll verlorengehen. Minuten sind Tonnen und Tonnen sind Geld.

Also wird gemacht, was normalerweise nicht gemacht wird, weil es zu gefährlich ist: Das Roheisen wird zuerst in die Pfanne gekippt, der Schrott, der später eintrifft, obenauf geschüttet.

Da passiert es: Wasser, das wahrscheinlich mit dem Schrott in den Konverter gelangt ist, löst eine Verpuffung aus. Explosionsartig, wie glühende Lava, schießt das Eisen in die Halle.

In dreißig Meter Entfernung werden zwei Kollegen von der glühenden Masse zu Boden gerissen.

Sie brennen sofort.

Unter den stickigen Dunst, der die Halle erfüllt, mischt sich der Gestank von verbranntem Fleisch. Die Kollegen stürzen heran und wollen helfen.

Sie ersticken die Flammen, die die beiden Kollegen erfaßt haben. Der jüngere der beiden (keine dreißig Jahre alt) ist total verkohlt. Er hat nur noch Schuhe und Gürtel an, alles andere ist weggebrannt.

Noch lebt er.

Aber hier kommt jede Hilfe zu spät. Eine Woche später ist auch sein Kollege tot.

Arbeitsunfälle sind im Kapitalismus unvermeidlich. Solange das Gesetz der rücksichtslosen Ausbeutung herrscht, solange eine Handvoll Konzernbosse und Finanzhaie ihre uneingeschränkte Diktatur über das Volk ausüben, kann von einem Rückgang der Arbeitsunfälle und einer „Zunahme der Arbeitssicherheit" keine Rede sein.

Die Heuchelei des Gewerkschaftsapparates und der Betriebsräte von der „positiven Entwicklung der Arbeitssicherheit" kann nicht über die Tatsachen hinwegtäuschen. Es zeigt sich nur immer wieder, wie sie sich an den Verbrechen der kapitalistischen Ausbeuter aktiv beteiligen und daß sie eine Agentur des Monopolkapitals selbst sind.

Wir werden all diesen Bossen und Bonzen, die durch Akkord und Arbeitshetze Morde an unzähligen Arbeitern begehen und begangen haben, eines Tages die Rechnung präsentieren. Dann, wenn sie in der gewaltsamen Revolution durch die Arbeiterklasse selbst hinweggefegt werden und ihre gerechte Strafe erhalten.

Dann, unter der Diktatur des Proletariats, wo nur die Lebensinteressen der Arbeiter und des Volkes zählen, wird es gelingen, die Arbeitsunfälle auf ein Minimum zu beschränken.

Die Familien der Werktätigen werden nicht mehr in ständiger Sorge leben müssen, so wie es heute noch ist, wenn in der Zeitung wieder mal steht:

„Schwerer Unfall auf der Hütte!"

Meldungen aus den Betrieben

HELLA/RECKLINGHAUSEN

Am 17. Februar um 9 Uhr findet in Recklinghausen im Amtsgericht ein Prozeß gegen den Presseverantwortlichen der Partei W. Schröder statt. Es geht dabei um die Betriebszeitung „Rote Fanfare", die die Partei bei Hella herausgibt. Strafantrag haben die Betriebsräte Rudolf und Lauf wegen Beleidigung gestellt. Unter anderem soll die Beleidigung darin bestehen, daß sie (die Betriebsräte) in der „Roten Fanfare" als „Verräter am Kampf der Arbeiterklasse" bezeichnet worden waren.

CHEMISCHE WERKE HÜLS

Am 27. Januar um 23.46 Uhr explodierten auf dem Werk Aggregate der Äthylen-Oxid-Anlage. Diese Anlage war erst seit dem 10. Januar wieder in Betrieb genommen worden, nachdem sie schon im vorigen Jahr einmal in die Luft geflogen war. Damals wurden 16 Arbeiter verletzt. Bei der jetzigen Explosion wurden 2 Arbeiter verletzt. Der Sachschaden beträgt 10 Millionen Mark. Zahlreiche Fensterscheiben in der Umgebung der Fabrik zersprangen. Nur durch Zufall kam es nicht zu einer Katastrophe, denn durch die Druckwelle und durch umherfliegende Eisenteile wurde eine Baubude zerstört, in der sich tagsüber während der Pausen 30 bis 40 Arbeiter aufhalten. Außerdem hätte es passieren können, daß die Explosion weitere Explosionen und Brände auf dem Werk auslöste, wodurch weit mehr Arbeiter und die Bewohner des Stadtteils, in dem die Fabrik liegt, in großer Gefahr gewesen wären. Bei den Chemischen Werken in Hüls hat es in den vergangenen Jahren schon oft Tote durch Explosionen gegeben. In verschiedenen Ländern, wie z. B. Niederlande und Frankreich dürfen derartige Aggregate, wie das von der Explosion betroffene, wegen ihrer Gefährlichkeit nicht gebaut werden.

GUTE-HOFFNUNGS-HÜTTE/OBERHAUSEN

Der GHH-Konzern machte im Geschäftsjahr 1975/76 mit 11 Milliarden Mark ein Umsatzplus von 12,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dieser erhöhte Umsatz wurde mit einer um ca. 1.800 verringerten Zahl an Beschäftigten erzielt. Mit einem Jahresüberschuß von 92 Millionen Mark erzielte die GHH den größten Gewinn ihrer Geschichte.

Verstärkte Kämpfe an den Universitäten

In den beiden letzten Januarwochen haben die Studenten an verschiedenen Universitäten in Westdeutschland und Westberlin ihren Kampf verstärkt. Schon das ganze Semester hindurch stehen die fortschrittlichen Studenten in Westberlin im Kampf gegen die politische Unterdrückung an den Hochschulen. Dabei ging es darum, die politische Entlassung des Dozenten F. Rothe und das Berufsverbot für Professor Bauer zu verhindern, die beide verfolgt wurden, weil sie einen Wahlaufruf der Gruppe Rote Fahne unterzeichnet hatten.

In diesem Kampf konnte jetzt ein Erfolg erzielt werden. Obwohl von Seiten der Universitätsbürokratie den Studenten mit Semesteraberkennung und BAFöG-Entzug usw. gedroht wurde, wurde inzwischen der Streik an einigen Fachbereichen wieder aufgenommen. Angesichts dieser Tatsache sah sich die Personalkommission an der FU gezwungen, das Disziplinarverfahren nicht mit einem Rausschmiß zu beenden, sondern gegen Professor Bauer stattdessen eine „Belehrung" und eine Geldstrafe in Höhe eines halben Monatsgehalts auszusprechen. Das ist ein großer Erfolg des Kampfes, denn in anderen gleichartigen Fällen war eine sofortige Suspendierung vom Dienst ausgesprochen worden. Und ein weiterer Erfolg wurde erzielt: Dozent Dr. Rothe mußte vom Arbeitsgericht zunächst wieder eingestellt werden. Dieser Erfolg zeigt vielen Studenten, die vorher zweifelnd dem Streik gegenüberstanden, daß ein entschlossen geführter Kampf gegen den kapitalistischen Staatsapparat Erfolg haben kann.

Gegen einen Gesetzentwurf, der die Rechte der Studentenschaft weitestgehend einschränkt sowie gegen das Hochschulrahmengesetz sind die Studenten der Universität Münster in einen mehrtägigen Streik getreten. Der Streik richtet sich zugleich gegen verschiedene konkrete Unterdrückungsmaßnahmen an der Universität, wie gegen das Verbot von Wandzeitungen und Büchertischen. Wo dennoch verschiedene Professoren versuchten, trotz des Streiks Vorlesungen durchzuführen, wurden die Lehrveranstaltungen durch die Studenten gesprengt. Bereits am ersten Streiktag verhinderten über 100 Studenten die Sitzung des Verwaltungsratsausschusses, der zusammenkommen wollte, um Mensa- und Mietpreiserhöhungen gegen die Studenten zu beschließen.

An der Technischen Hochschule Darmstadt haben die Studenten gegen die Einführung eines teureren Essens einen Boykott organisiert, indem sie an dem entsprechenden Schalter den Verkauf der Essensmarken verhinderten. Der Chef des Studentenwerkes, ein reaktionärer Büttel, ließ daraufhin Polizisten in Zivil kommen, die einen Studenten, der in der Nähe der Essensausgabe stand, festnahmen und gegen den Widerstand mehrerer Studenten aus der Mensa aufs Polizeipräsidium schleppten. Ihre Begründung: Er wäre ein bekannter Kommunist. Der KSB/ML rief daraufhin die Studenten auf, den Kampf gegen diese Maßnahme aufzunehmen, die darauf abzielt, den Boykott zu brechen. Gleichzeitig forderte der KSB/ML die Studenten auf, den auf der Vollversammlung der Studenten beschlossenen Boykott weiterzuführen, und zu verhindern, daß es zu weiteren Festnahmen und Strafmaßnahmen kommt und die Polizeiprovokationen zurückzuschlagen.

In all den Kämpfen an den verschiedenen Universitäten, die sich gegen die verstärkte politische Unterdrückung an den Universitäten sowie gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Studenten und die immer schlechtere Ausbildungssituation richten, hat der KSB/ML, die Studentenorganisation der ROTEN GARDE, aktiv eingegriffen. Und er hat dabei, wie es seine Aufgabe als kommunistische Studentenorganisation ist, den Studenten immer wieder gezeigt, daß die Rezepte des Bittens und Bettelns der Revisionisten nur auf die Sabotage am Kampf der Studenten abzielen, und daß die Studenten nur dann gegen die politische Unterdrückung wie gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage durch den Staatsapparat Erfolge erzielen können, wenn sie sich auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen und einen entschlossenen und militanten Kampf gegen den kapitalistischen Staatsapparat und seine Universitätsbürokratie führen.

Tierfabel

Verfaßt anläßlich des Kampfes der Studenten in Westberlin

Einst trafen sich die stolzen und starken Büffel. Der Löwe, ein faules und gefäßiges Tier, war der Feind der Büffel. Ständig wurden die Büffel von Löwen angefallen und schon viele von den Büffeln starben unter den raubgierigen Zähnen des Löwen. Diesem Zustand wollten die Büffel abhelfen, und dies war der Grund ihres Treffens. „Ich denke", so meinte ein alter erfahrener Büffel, „wir sollten uns fest zusammenschließen und geschlossen auf die Löwen zurennen. Zusammen sind wir stark. Es wird den Löwen nicht gelingen, einen Einzelnen von uns anzufallen. So werden wir sie überrennen und in Grund und Boden stampfen." Diesen Vorschlag fanden viele gut und begannen, ihn zu bedenken.

Während der ganzen Zeit der Versammlung aber waren Schakale um die Büffel herumgeschlichen und mischten sich nun in die Versammlung ein.

„Dieser Vorschlag ist untierisch", ließ sich der schmutzigste der Schakale vernehmen. „Bedenkt doch, daß es sich bei den Löwen um Tiere handelt, wie ihr und wir es sind. Deshalb muß man mit ihnen reden und ihnen die Sache vernünftig und ruhig erklären. Da sie ebenso wie wir Tiere sind, werden sie die Sache sicher verstehen und ein Einsehen haben."

Durch diesen Vorschlag des Schakals waren viele Büffel in Verwirrung geraten und verfielen in lähmendes Grübeln.

Finster fragte der alte Büffel den Schakal: „Und was schlägst du vor?"

„Bildet eine Delegation", entgegnete eifrig der Schakal, „und tragt dem Löwen eure Sache vor."

Dieser Vorschlag löste unter den Büffeln eine heftige Debatte aus und diese endete schließlich mit der Aufstellung einer Delegation, zu der sich einige Büffel bereiterklärten. Sechs Büffel und der Schakal suchten nun also die Wohnung des Löwen auf. Dort angekommen, verneigte sich der Schakal tief vor dem Löwen, der sich vor Erstaunen die Augen rieb, und sagte: „Lieber Löwe, hier ist eine Delegation der Büffel, die mit dir über ein Problem, das sie mit dir haben, reden wollen. Sei so gnädig und empfange sie in deiner unendlichen Güte." Geschmeichelt über die demütigen Worte des Schakals forderte der Löwe die Büffel auf zu reden.

„Die Sache ist die", begann der vorderste Büffel, „daß wir es satt sind, von dir gefressen zu werden. Da du ein Tier bist wie wir, wirst du sicher einsehen, wie untierisch es von dir ist, uns zu fressen. Wir Büffel nehmen an, daß du bisher nur deshalb nicht darauf gekommen bist, weil es dir noch niemand gesagt hat. Wir bitten dich also, jegliches Fressen von uns Büffeln einzustellen; nebenbei ist das offensichtlich auch das Vernünftigste auf der Welt."

Der Löwe, der die ganze Zeit mit einem unterdrückten Grinsen zugehört hatte, entgegnete: „Nun, eure Vernunft ehrt euch, aber eure Vernunft ist nicht meine. Wenn ich eurer Vernunft folgen wollte, würde ich verhungern. Wir Löwen haben eben eine andere Vernunft als ihr Büffel." Da der Löwe aber Angst hatte, die Büffel könnten sich ob dieses Bescheides gegen ihn empören, setzte er hinzu: „Aber dennoch will ich mir euren Vorschlag überlegen; schließlich sind wir doch alle Tiere und ich will nicht untierisch sein."

Mißmutig zogen die Büffel wieder ab, um ihren Brüdern Bescheid zu geben.

Nur den Schakal winkte der Löwe nochmals zurück und flüsterte ihm zu: „Gut so, und halte mich weiterhin auf dem laufenden. Jetzt eile, damit die Büffel dir nicht mißtrauen."

Bei den anderen Büffeln wieder angekommen, beratschlagte man, was man nun weiter tun solle. Wegen des vagen Bescheids des Löwen wurde der Vorschlag des alten Büffels erneut diskutiert, die Löwen in gemeinsamer Aktion zu überrennen und zu zerstampfen.

Sogleich mischte sich jedoch der Schakal wieder ein: „Hört doch auf, solch blutigen Pläne zu schmieden. Wenn dies der Löwe erfährt, könnte es ihn nur provozieren. Außerdem ist der Löwe viel zu stark, dies Vorhaben würde euch ins sichere Verderben stürzen. Und bedenkt doch: Noch überlegt sich der Löwe euren Vorschlag. Da er ein Tier ist wie ihr auch, wird er sicher noch ein Einsehen haben."

Finster fragte ihn der alte Büffel: „Und was schlägst du vor?"

„Bildet eine Protestdemonstration", entgegnete eifrig der Schakal, „und tragt alle zusammen noch einmal dem Löwen eure Sache vor. Wenn ihr alle hingeht, sieht er, daß es ein Anliegen von euch allen ist, und dies wird seine Entscheidung sicher günstig beeinflussen. Kommt aber mit gesenktem Kopf zum Löwen, damit er sieht, daß ihr keine feindlichen Absichten hegt." Nach langer und heftiger Beratung beschlossen die Büffel, dem Vorschlag des Schakals zu folgen und bildeten einen langen Demonstrationszug.

Der Löwe, den die Delegation beunruhigt hatte, da sie zeigte, daß bei den Büffeln Unmut über ihn herrschte und informiert durch den Schakal, hatte indessen die anderen Löwen zusammengerufen. Nachdem der Löwe den anderen Löwen die Nachricht des Schakals mitgeteilt hatte, beschlossen sie, ein großes Schlachtfest zur Ankunft der Demonstration zu veranstalten und den Abend mit einem Freßgelage zu beschließen. So versteckten sich die anderen Löwen in der Umgebung und nur der erste Löwe blieb auf seinem Platz. Schon bald danach traf der Demonstrationszug der Büffel ein, angeführt von dem Schakal.

Die Büffel hatten die Häupter gesenkt und der vorderste Büffel fragte: „Löwe, wie ist deine Antwort?"

Da brachen alle Löwen aus ihrem Versteck und richteten unter den Büffeln ein fürchterliches Blutbad an. Die Büffel, die darauf nicht vorbereitet waren, mußten nun Hals über Kopf flüchten und viele ihrer Brüder blieben unter den Krallen der Löwen zurück. Zufrieden mit ihrem Erfolg begannen nun die Löwen, ihre Beute zu fressen, und die Schakale umstreiften sie, um hier und da vielleicht ein Stück Fleisch erhaschen zu können.

Dies ließen sich die Büffel eine Lehre sein und schworen, nie wieder auf Schakale zu hören.

(Aus: „Die Rote Rostlaube", Zeitung der Zelle Germanistik des KSB/ML Westberlin).

Revisionistisches

PFUSCHER UND NICHT-PFUSCHER

Wie würden Sie die heutige Gesellschaft in der Bundesrepublik unterteilen? – Natürlich in Klassen, in Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse vor allem, meinen Sie? – Nun, so selbstverständlich, wie man meinen könnte, ist das keineswegs. Jedenfalls nicht für die D„K"P. „Heißes Eisen", Betriebszeitung der D„K"P bei Hoesch in Dortmund jedenfalls sieht die Sache ganz anders. Nicht der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ist es hier, der die Lage der Werktätigen und die Entwicklung der Gesellschaft bestimmt, sondern – der Widerspruch zwischen Pfuschern und Nicht-Pfuschern.

„Heißes Eisen" kann das beweisen:

„Wenn ein Autofahrer", heißt es in einem Artikel mit der Überschrift ‚Pfuscher und Stümper verordnen Kurzarbeit', „durch einen Unfall einen kleinen Lackschaden verursacht, muß er selbstverständlich dafür geradestehen. Wenn etwa ein Schlosser Murks macht, wird er dafür zusammengeschissen. Wenn ein Schüler in der Klasse schwänzt, kommt es vor, daß er dafür eine Strafarbeit machen muß.

Wenn ein Hüttenvorstand Tausenden Kollegen Kurzarbeit verordnet, weil er zu dusselig ist, die Chose richtig zu organisieren, werden dafür nicht etwa Dr. Schmidthals, Dr. Kettler und Konsorten bestraft, sondern die Belegschaften mit Lohn- und Gehaltsverzichtsforderungen."

Was also ist das Grundübel unserer Gesellschaft? Pfuscherei und Dusseligkeit? – Sie meinen, Marx hätte das ganz anders gesehen, und wenn sich jemand „kommunistisch" nennt wie die D„K"P, müßte er statt von Pfuscherei und Dusseligkeit von Ausbeutung und Profitgier reden? – Das stimmt zwar. Aber bekanntlich muß, wer A sagt, auch B sagen; wer im Einklang mit Marx feststellt, daß die Ausbeuterherrschaft der Kapitalistenklasse die Wurzel allen Übels für die Werktätigen ist, muß auch schlußfolgern, daß der einzige Ausweg aus der Misere ist, diese Wurzel mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Das aber will die D„K"P gerade verhindern. Und weil sie nicht will, daß die Arbeiterklasse als ihren Ausweg den Kampf für die sozialistische Revolution, den Kampf für den gewaltsamen Sturz der Kapitalistenklasse und ihres Staates erkennt, deshalb nutzt sie auch jede Gelegenheit, die der Klassenkampf bietet, um die Klassenwidersprüche zu verwischen und die Unversöhnlichkeit der Interessen von Arbeitern und Kapitalisten zu verschleiern.

ARME KÜNSTLER

Künstler haben es schwer, Viel schwerer etwa als ein Arbeiter. So jedenfalls sieht es die DDR-Zeitschrift „Magazin" vom Dezember letzten Jahres. Für den Arbeiter gibt es weiter keine Probleme: Er hat seine Maschine und seinen Arbeitsvertrag und arbeitet eben. Ganz anders dagegen bei einem Schriftsteller. Drei Seiten widmet „Magazin" der Aufgabe, der bei den Werktätigen in der DDR offenbar immer häufiger geäußerten Ansicht zu begegnen, daß schriftstellerisch tätig zu sein, leichtes Geldverdienen bedeute.

Wer allerdings erwartet, die Zeitung würde darlegen, daß der noch lange kein Schriftsteller sei, der eine Idee hat und sie aufschreibt, der hat sich getäuscht. In der DDR ist der sozialistische Realismus längst abgeschafft. Die Künstler haben keinerlei Verbindung mit den Massen. Ihre Welt ist der Schreibtisch. Ihre Werke gleichen immer mehr den dekadenten Erzeugnissen der westlich-kapitalistischen Schriftsteller. Folglich werden die Schriftsteller in der DDR auch nicht mehr von den Problemen der Massen und des Klassenkampfes zum Schreiben angeregt, sondern etwa durch – Weinbrandbohnen ohne Kruste. Das ist beileibe kein Witz. Unter der Überschrift „Was Schriftsteller beim Schreiben anregt" führt „Magazin" die verschiedensten „Stimulanzien" auf, ohne die offenbar den aufgeführten Schriftstellern nichts einfällt – etwa: der Duft faulender Äpfel, das stimulierende Ticken eines Weckers, ein warmes, kuscheliges Bett, Weinbrandbohnen ohne Kruste usw.

Was besteht da noch für ein Unterschied zu den Marotten, mit denen sich westdeutsche Künstler der gleichen Gattung immer wieder in den Zeitungsspalten interessant zu machen suchen? – Der Unterschied ist nur der, daß sich die ostdeutschen Kollegen mitsamt ihren Spinnereien auch noch als sozialistische Künstler feiern lassen.

Vom Aufbau des Sozialismus

CHINA STEIGERT DIE MECHANISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT

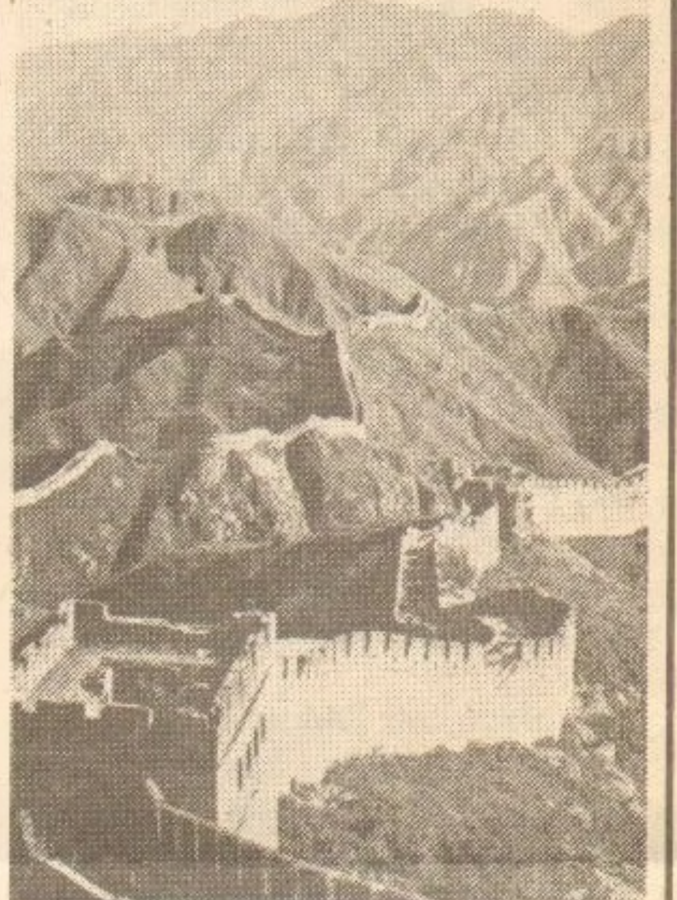
In China macht die Mechanisierung der Landwirtschaft weitere Fortschritte. So hat sich etwa die Fläche des mechanisch gepflügten Bodens von 1965, dem Jahr vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution, bis 1974 verdoppelt, die Fläche des Landes, das maschinell be- und entwässert wird, hat sich seitdem sogar vervierfacht. Einen wichtigen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Mechanisierung der Landwirtschaft leisten die Fabriken, die auf dem Lande errichtet werden, die einerseits neue Maschinen produzieren und andererseits Reparaturarbeiten an Ort und Stelle leisten.

PETROCHEMIE IN CHINA

Das größte petro-chemische Projekt in Peking, das jährlich 300 000 t Äthylen produzieren soll, hat jetzt seine Produktion aufgenommen. Neben Äthylen wird dieser Industriekomplex auch andere Produkte wie Polyäthylen, Polypropylen usw. liefern. Das Werk ist damit in der Lage, die nötigen Grundstoffe zur Herstellung von Plastik und synthetischem Gummi zu liefern. Der Bau des Werks wurde 1973 aufgenommen, die erste, versuchsweise Produktion lief im Mai 1976 an.

2000 JAHRE ALTE STÄDTE AUSGEGRABEN

Archäologie und Geschichtswissenschaft haben im sozialistischen China einen großen Aufschwung genommen. In der Provinz Hopei, 500 km nördlich der Großen Mauer, sind die Ausgrabungsarbeiten an mehreren Städten, die etwa 2 000 Jahre alt sind, in vollem Gange. Die Entdeckung dieser alten Städte ist von großer Bedeutung für die Erforschung der älteren chinesischen Geschichte. So lassen sich von eisernen Werkzeugen, die ebenfalls dort gefunden wurden, auch Rückschlüsse auf die Kultur der damaligen Zeit ziehen.



GUTE ERNTE IN DEN ERDBEBENPROVINZEN IN SÜDCHINA

Trotz der schweren Schäden, die ein Erdbeben im August 1976 der Landwirtschaft in verschiedenen südchinesischen Provinzen zufügte, gelang es den Bauern in diesen Gebieten, eine gute Ernte einzubringen. Dem gemeinsamen Kampf der Bauern aus der Han-Bevölkerung und der tibetanischen Minderheit ist es zu verdanken, daß die Getreideernte 1976 um 10% über der des Vorjahres lag. Auch die Forstwirtschaft und Fischerei erzielten bessere Erträge als 1975, und die Tee- und Walnußernten konnten gesteigert werden. Gegenwärtig entfalten die Bauern in den erdbebengeschädigten Provinzen eine Massenkampagne zur Gewinnung von neuem Ackerland.

Verfassungsschutzgesetz in Hamburg

Ein reaktionäres Bespitzelungsgesetz

In Kürze wird in der Hamburger Bürgerschaft eine Anhörung – wahrscheinlich mit Vertretern des Verfassungsschutzes, des BND und des MAD – über das geplante Verfassungsschutzgesetz für Hamburg stattfinden. Fest steht schon heute, daß diese Anhörung unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden wird. Aus diesem Anlaß wird man erneut, wie schon im Herbst letzten Jahres, von der SPD/FDP zu hören bekommen, daß ihr Gesetzentwurf der „demokratischste" sei, den es bisher in den Bundesländern gegeben habe bzw. die CDU erneut wettern hören, daß nun in Hamburg der Verfassungsschutz lahmgelegt werden solle. Das eine ist so falsch wie das andere. Das von FDP/SPD vorgelegte Gesetz ist keinen Deut weniger reaktionär als die anderen. Es ist nur raffinierter.

Daß das so ist, bewiesen die Vertreter der SPD und der FDP selber, als im Oktober letzten Jahres in der Hamburger Bürgerschaft über diesen Gesetzentwurf diskutiert wurde. Gegenüber den anderen Verfassungsschutzgesetzen unterscheidet sich das hamburgische vor allem in zwei Punkten: 1. fielen die Paragraphen weg, die, wie etwa im niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz, alle Beamten und Angehörigen öffentlich rechtlicher Institutionen ausdrücklich auffordern, dem Verfassungsschutz von sich aus möglicherweise verfassungsfeindliche Bestrebungen zu melden; 2. wird in Hamburg eine sogenannte Kontrollkommission von 6 Mitgliedern der Bürgerschaft eingerichtet, die angeblich im Interesse des Volkes den Verfassungsschutz kontrollieren soll.

Was den ersten Punkt angeht, so hatte sich vor allem an dieser beispiellosen Ausweitung des staatlichen Bespitzelungswesens die Empörung gegen das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz entzündet. Sogar ein Mitglied des Präsidiums der Bundesnotarkammer hatte damals erklärt, „daß solche Breite der Zuarbeit 1933 nicht einmal der GeStaPo zur Verfügung gestellt worden ist". Wenn dieser Punkt jetzt in das Verfassungsschutzgesetz in Hamburg nicht mehr aufgenommen werden soll, dann einzig und allein um der Empörung der Werktätigen die Spitze zu nehmen, nicht etwa, um die Möglichkeiten der Bespitzelung einzuschränken. So wies der SPD-Abgeordnete Voscherau in der Oktober-Debatte der Hamburger Bürgerschaft gegenüber der CDU darauf hin, daß der von der CDU verfolgte Zweck sich auch mit der Änderung des Gesetzes über die Rechts- und Amtshilfe erreichen lasse und erklärte: „Es bedarf deswegen keiner weitergehenden großen Bestimmungen, die, wie die öffentliche Debatte in Niedersachsen und das dortige Gesetzgebungsverfahren gezeigt haben, das Klima unter den Demokraten in unserem Land zu vergiften geeignet ist."

Hier zeigt sich deutlich, mit welcher Raffinesse und Hinterhältigkeit SPD und FDP die Faschisierung vorantreiben. Weil die Paragraphen über die Verpflichtung eines Großteils der Bevölkerung, dem Verfassungsschutz bei seinem schmutzigen Geschäft zu helfen, in Niedersachsen zu große Empörung hervorrief, werden die Paragraphen aus dem Hamburger Entwurf gestrichen und dafür in einem „unverdächtigen" Verwaltungsgesetz untergebracht! Zur politischen Unterdrückung kommt der Betrug noch dazu – das verbirgt sich in Wahrheit hinter der vielgepriesenen „Demokratisierung" dieses Entwurfs. Das zeigt sich auch am Beispiel der Kontrollkommission. Auch hier ließen die Abgeordneten der SPD und FDP in der betreffenden Oktoberdebatte in der Hamburger Bürgerschaft selbst die Katze aus dem Sack. Keineswegs, hieß es da, solle damit verhindert werden, daß der Verfassungsschutz geheim arbeiten könne. Um das zu gewährleisten, werden die Mitglieder dieses Ausschusses extra ausgesucht. Es wurde sogar angedeutet, daß man sie vom Verfassungsschutz überprüfen lassen müsse. Weiterhin sind alle Mitglieder zur absoluten Geheimhaltung verpflichtet. Und um die Sache abzurunden, hat der Innensenator natürlich das Recht, bei bestimmten Aktionen des Verfassungsschutzes die Information des Kontrollausschusses zu untersagen. Die ganze „Lahmlegung des Verfassungsschutzes", von der die CDU spricht, die ganze „öffentliche Kontrolle", von der SPD und FDP faseln, reduziert sich also darauf, daß 6 Leute nachträglich über bestimmte, ausgewählte Maßnahmen des Verfassungsschutzes informiert werden.

Die Werktätigen in Hamburg werden also auch in Zukunft über den Verfassungsschutz nur dann etwas erfahren, wenn er gegen sie selbst ermittelt und sie aufgrund dieser Ermittlungen nicht in den Schuldienst eingestellt werden, wie es bereits bei zahlreichen kommunistischen Lehrern in Hamburg der Fall war, oder ihre Arbeit an einem städtischen Krankenhaus nicht aufnehmen können, wie es vor einiger Zeit zwei Medizinalassistenten in Hamburg geschah, weil die Erlaubnis des Verfassungsschutzes zu ihrer Einstellung noch ausstand usw.

Alle Tatsachen beweisen also, daß dieses Gesetz genauso gegen die Werktätigen gerichtet ist, wie seine Vorgänger in den anderen Bundesländern. Genauso wie sie, ist es ein weiterer Schritt bei der Faschisierung des kapitalistischen Staatsapparates. Es muß und wird deshalb auch genauso bekämpft werden.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

GELSENKIRCHEN

Vor kurzem fanden zwei Prozesse gegen Genossen statt, die für Publikationen der Partei in Gelsenkirchen verantwortlich zeichneten. Wolfgang Gedeon, verantwortlich für ein Flugblatt zu einem Prozeß gegen einen Kommunisten, wurde in der zweiten Instanz zu 3 000 DM Geldstrafe verurteilt (in der ersten Instanz 4 000 DM); Renate Schacht wurde in der ersten Instanz wegen eines Flugblatts zu 225 DM Geldstrafe verurteilt.

GELSENKIRCHEN

Einer der Teilnehmer am Trauermarsch zu Ehren des Genossen Günter Routhier, Hubert W., der bisher in mehreren Instanzen freigesprochen worden war, wurde jetzt nach der Revision zu 300 DM Geldstrafe verurteilt. Er muß nun sämtliche Prozeßkosten bezahlen.

Genosse Klaus Kercher in Haft

Am 24. 1. 77 wurde Klaus Kercher auf seiner Arbeitstelle bei Coop in Reutlingen von der Polizei abgeholt. Bereits vor einiger Zeit hatte Genosse Klaus einen Bescheid zum Antritt einer 16monatigen Gefängnisstrafe erhalten, die die Klassenjustiz wegen der Teilnahme des Genossen am Roten Antikriegstag 1972 verhängt hatte. Genosse Klaus schrieb uns bereits. In seinem Brief heißt es über seine Verhaftung im Betrieb:

„Ein großes Erlebnis war für mich die Verabschiedung von meinen Kollegen im Betrieb. Mit großer Herzlichkeit wünschten sie mir alles Gute, versprachen, mir zu schreiben, einer drückte mir noch zehn Mark in die Hand, damit sollte ich mir Zigaretten kaufen. Derselbe Kollege rief dann auch bei meiner Frau an, da mir das die Kripo verweigert hatte. Die hatten es sich wohl anders vorgestellt und nicht geglaubt, daß ein angeblich ‚vom Volk Verurteilter" auf diese Weise von seinen Kollegen verabschiedet wird!"

Über die Reaktion der Kollegen von Klaus schrieb uns auch seine Frau: „Ich war am Nachmittag nach der Verhaftung fast zwei Stunden bei Klaus' Kollegen. Die Sache war Gesprächsthema. Am meisten empörten sie sich darüber, daß Klaus noch nicht einmal seine Frau (ich bin im 7. Monat schwanger) anrufen und sich nur unter Bewachung Zigaretten holen durfte. Die Kollegen fanden es sehr depremierend, daß ich nun allein sei, da ich doch in acht Wochen ein Baby bekäme. Ich sagte, ich hätte es deprimierend gefunden, wenn sie Klaus sang- und klanglos hätten abführen können, wenn also die Solidarität der Kollegen nicht bestanden hätte. Sonst sei es natürlich schwierig, aber nicht deprimierend. Ausserdem sprachen wir über ihre mögliche Unterstützung für Klaus: Briefe, evtl. Unterschriften für eine Haftunterbrechung bei meiner Niederkunft usw. Eine Kollegin empörte sich vor allem darüber, daß das alles ‚im Namen des Volkes' passiere. ‚Das sind doch wir', sagte sie, ‚wir haben ihn doch nicht verurteilt.'

Am nächsten Tag wurde an die Kollegen im Betrieb ein Flugblatt der Partei verteilt. Ich hörte, daß es im ganzen Betrieb verbreitet wurde. Und jetzt kommt der Hammer: Der Betriebsrat lief herum, schrie, das Flugblatt müsse weg, das gebe es nicht. Der Hofhund bellte also lauter als sein eigener Herr! Eingesammelt wurde das Flugblatt aber offenbar trotzdem nicht.

Noch etwas: Ein Sympathisant der Partei ist in einer Berufsschule. Am Tag der Verhaftung diskutierten sie dort zufällig in Geschichte über den Faschismus, und er sprach über die Faschisierung heute in der Bundesrepublik. Die Mitschüler glaubten viele Beispiele nicht so recht oder hielten sie für übertrieben. Als sie aber vom Fall meines Mannes in ihrer Stadt hörten, waren sie empört. Daraufhin wurde am nächsten Tag das Flugblatt zur Verhaftung auch an der Berufsschule verteilt und kam auch in diese Klasse. Es schlug richtig ein und löste viele Diskussionen aus über den Staat, die revolutionäre Gewalt usw. Mehrere Schüler kauften „Die Rote Garde" und einer eine Broschüre über Brokdorf. Der Terror gegen die Kommunisten ist eben wirklich ein Bumerang: Gestern noch hatten viele Illusionen über die Faschisierung, heute sehen sie sie und bekommen Kontakt zu den Kommunisten, die gerade isoliert werden sollen."

Spenden

Seit Ende Dezember gingen folgende Spenden auf das Konto des Verlags Schneider ein:

Für die KPD/ML:

18. 1.	Verlobungsfeier, Stuttgart	30,00
26. 1.	W.H., Würzburg	147,00
	Gesamt	**177,00**

Für den „Roten Morgen":

27.12.	W.K., Essen	60,00
30.12.	V.L., Essen	5,00
31.12.	C.V., München	5,00
3. 1.	H.L., Eiterfeld	10,00
6. 1.	H.-D.D., Bremerhaven	5,00
7. 1.	G.K., Flensburg	70,00
10. 1.	P.S., Dortmund	10,00
12. 1.	W.H., Augsburg	200,00
12. 1.	Kunden Buchladen „Roter Morgen", Hamburg	196,00
13. 1.	E.K., Etelsen	10,00
13. 1.	Skatrunde Saarbrücken	25,00
14. 1.	Kunden Buchladen „Roter Morgen", Bochum	62,17
17. 1.	KSB/ML, Westberlin	36,00
17. 1.	N.G., Seligenstadt	20,00
19. 1.	J.Sch., Karlruhe	10,00
19. 1.	E.P., Salem	20,00
19. 1.	Arbeitertreff Hamburg-Altona	30,00
19. 1.	Arbeitertreff Hamburg-Altona	17,35
19. 1.	H.M., Dortmund	20,00
19. 1.	Spende aus Dortmund	11,50
20. 1.	B.B., Bonn	10,00
21. 1.	G.G., Kiel	10,00
21. 1.	D.K., Bremen 21	20,00
20. 1.	J.B., Wilhelmthal	20,00
20. 1.	H.M., Dortmund	20,00
20. 1.	D.F., Westberlin	20,00
24. 1.	Symp. Westberlin	100,00
24. 1.	U.M., Westberlin	20,00
24. 1.	Freunde aus München	30,00
24. 1.	W.K., Aalen- Unterkochen	10,00
24. 1.	Ch.G., Westerland	10,00
24. 1.	R.W., Kassel	10,00
25. 1.	A.B., Köln	10,00
25. 1.	P.K., München	200,00
25. 1.	G.u.J.B., Niedermoden	30,00
26. 1.	L.F., Frankfurt	10,00
	Gesamt	**1 353,02**

Solidarität:

6. 1.	J.B., Essen	20,00
	Summe aller Spenden	**1 550,02**

Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda

Am 9. Februar beginnt erneut ein Prozeß gegen den „Roten Morgen". Die verantwortliche Redakteurin des „Roten Morgen", Renate Bäthies, ist angeklagt wegen Artikeln zum Tod des Genossen Günter Routhier, die in den Ausgaben 19/76 und 25/76 erschienen. Am gleichen Tag findet in Duisburg vor dem Landgericht ein Prozeß gegen den Vorsitzenden der Partei, Genossen Ernst Aust, statt.

Genosse Ernst Aust war angeklagt worden wegen eines Flugblatts, mit dem er sich während der Landtagswahl in NRW 1975 in seinem Wahlkreis vorgestellt hatte. „Böswillige Verächtlichmachung des Staates" nannte der Staatsanwalt es, daß Genosse Ernst den bürgerlichen Staatsapparat als Ausbeutungs- und Unterdrückungsinstrument bezeichnet und erklärt hatte, die Bourgeoisie gehe zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft auch über Leichen. In der ersten Instanz im Juli letzten Jahres war Genosse Ernst deshalb zu 2 400 DM Geldstrafe verurteilt worden.

„Böswillige Verächtlichmachung" hat die Bourgeoisie es schon immer genannt, wenn man ihre Herrschaft über die Werktätigen nicht als „Wohlstandsgesellschaft" und „freiheitliche Demokratie" bejubelte, sondern entsprechend den Tatsachen, wie sie Millionen von Werktätigen täglich erleben, beim Namen nannte.

Auch der Paragraph 90 a, mit dem sie heute ständig gegen die Partei vorgeht, ist nicht neu. Er stammt aus den Gesetzbüchern des Hitlerfaschismus und hat nach dem zweiten Weltkrieg in Hunderten von Fällen dazu gedient, gegen die kommunistische Presse der revolutionären KPD vorzugehen. Den gleichen Zweck wie damals erfüllt dieser Paragraph auch heute. Es ist ein Paragraph gegen den Marxismus-Leninismus, zur Ausschaltung der kommunistischen Agitation und Propaganda.

Daran können auch die ständigen Lügen der Bourgeoisie und ihrer Justizminister nichts ändern, es gäbe heute in der Bundesrepublik keine politische Justiz, keine Verfolgung der Gesinnung. Wie weit diese Verfolgung heute bereits geht, zeigt sich unter anderem an einer der beiden Anklageschriften gegen die Genossin Renate Bäthies, wo es heißt:

„Soweit in der Zeitschrift von dem systematisch gesteigerten Terror des gesamten Staatsapparates gegen die KPD/ML die Rede ist und davon, daß immer mehr Menschen hinter der Fassade der Rechtsstaatlichkeit das Wesen dieses Staates als einer brutalen Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse erkennen, liegt ein Vergehen nach § 90a Abs. 1 StGB vor. Durch diese haltlosen und haßerfüllten Vorwürfe wird die Bundesrepublik in feindlicher Gesinnung der Achtung als unwert und als unwürdig hingestellt."

Mit anderen Worten: die gleiche Bourgeoisie, die gleiche Klassenjustiz, die immer mehr Kommunisten ins Gefängnis sperrt, mit hohen Geldstrafen belegt, aus dem Betrieb und aus dem Schuldienst werfen läßt, will der Partei gleichzeitig verbieten, diese Verfolgung anzuprangern, die Werktätigen zu informieren und zur Solidarität aufzurufen. Warum, gesteht der Staatsanwalt unfreiwillig selbst ein: Weil sich unter anderem an all diesen Fällen für so manchen zeigt, wie verlogen die Parolen von Freiheit und Demokratie sind, mit denen er tagtäglich in Presse, Funk und Fernsehen eingedeckt wird. Weil so manchem an der Verfolgung der Partei durch die Bourgeoisie klar wird, daß die KPD/ML – im Gegensatz zur D„K"P, die ungestört ihre revisionistische Propaganda verbreiten kann – tatsächlich der Todfeind der Bourgeoisie ist und in Wort und Tat für ihren revolutionären Sturz kämpft. Daran, daß diese Erkenntnis weiter wächst, daß die Partei sich weiter mit den Massen verbinden wird, wird sich deshalb auch in Zukunft weder durch den Terror der Bourgeoisie noch durch ihre Demagogie etwas ändern.

Prozeßtermine:

Gegen den „Roten Morgen": 9. 2., 12 Uhr, Amtsgericht Dortmund, Gerichtsstraße 22, Zi. 100.

Gegen Genossen Ernst Aust: 9. 2., 10.30 Uhr, Landgericht Duisburg, König-Heinrich-Platz 1, Zi.157.

Verfolgte, angeklagte oder verbotene Ausgaben des „Roten Morgen"

Extra Juni 72	Extra Juni 74	Nr. 31/74	Nr. 48/74	Nr. 12/75
Nr. 15/72	Nr. 25/74	Nr. 34/74	Nr. 49/74	Nr. 24/75
Nr. 18/72	Nr. 26/74	Nr. 35/74	Nr. 1/75	Nr. 34/75
Nr. 20/72	Nr. 27/74	Nr. 38/74	Nr. 2/75	Nr. 37/75
			Nr. 4/75	Nr. 38/75
Nr. 21/72	Nr. 28/74	Nr. 39/74	Nr. 5/75	Nr. 40/75
Nr. 23/73	Nr. 29/74	Nr. 42/74	Nr. 10/75	Nr. 19/76
Nr. 13/74	Nr. 30/74	Nr. 46/76	Nr. 11/75	Nr. 25/76

Bisher ergangene Urteile:

22. 1.74	Ernst Aust	5400 DM
11. 9.74	Ernst Aust	3000 DM
20. 8.75	Ernst Aust	7500 DM
Juli 76	Ernst Aust	2400 DM
8. 9.76	Ernst Aust	2000 DM
8. 9.76	G. Schubert	1500 DM
13. 5.76	G. Schubert	1 Jahr mit Bewährung
	Karin Wagner	4 Monate mit Bewährung
16.11.76	G. Schubert	4 Monate ohne Bewährung
	Karin Wagner	1800 DM
	Dieter Stoll	4 Monate ohne Bewährung

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Erklärung zweier ehemaliger Sympathisanten der GRF:

'Nehmt Kontakt mit der KPD/ML auf!'

Von zwei Genossinnen, die bis vor kurzem mit der Gruppe Rote Fahne sympathisierten, sich aber aufgrund der sozialchauvinistischen Linie von dieser Spalterorganisation abwandten, erhielten wir eine Stellungnahme, die wir im folgenden auszugsweise abdrucken:

Liebe Freunde und Genossen!

Auch bei uns in Westdeutschland hat sich im letzten Jahr wieder das Wort Mao Tsetungs bestätigt, daß die Richtigkeit der politischen Linie alles entscheidet. So haben z. B. viele Genossen und Sympathisanten der GRF (KPD) den Weg zur KPD/ML gefunden. Zahlen allein beweisen natürlich noch nichts, aber wir wissen aus eigner Erfahrung, daß diese Zahlen viele Genossen nachdenklich gemacht haben. Dabei spielt natürlich für die schon erfolgten und zweifelsohne noch bevorstehenden Übertritte die zunehmend opportunistische Politik der GRF (KPD) eine große Rolle.

Unsere eigenen Erfahrungen beziehen sich hauptsächlich auf die „Liga gegen den Imperialismus", in der wir lange mitgearbeitet haben. (Nebenbei: Die dort laufende „Ausrichtungsbewegung" geht so weit, daß Bruno Engel, Mitglied des ZV, eine der wichtigsten Ursachen für die mangelnde Verankerung der Liga in den Massen darin sieht, daß die Liga den Sozialismus propagiert! Vgl. Mitgliederrundbrief 33, Seite 6 oben.) Mit den Widersprüchen zur Liga entwickelten sich natürlich auch Widersprüche zur GRF (KPD), die ja bekanntlich ihre Leute in allen leitenden Ebenen der Liga sitzen hat. Was wir aber in unserer OG über die KPD/ML hörten und in der „Roten Fahne" lasen – und was wir damals ohne weiteres glaubten – war nicht dazu geeignet, Interesse für die Ansichten der KPD/ML zu wecken.

So ist es zunächst einem Bielefelder Genossen der Partei zu verdanken, daß wir heute unsere Meinung geändert haben, der trotz aller Schwierigkeiten und Anfeindungen von uns (traurig, aber wahr) immer wieder die korrekte Linie und Gründung der Partei verteidigte. Dank der Mühe, die sich die Partei in ihren TOs mit der Auseinandersetzung um die Gründung, Entwicklung und heutige Linie der GRF (KPD) gemacht hat, und dank der geduldigen Überzeugungsarbeit verschiedener Genossen vor allem aus Bielefeld und Bochum wissen wir heute, daß nicht die GRF, sondern die KPD/ML die kommunistische Partei unseres Landes ist und sind überzeugt, daß sie auch in ihrer politischen Linie den richtigen Weg verfolgt.

Unter ihrer Anleitung und unter Anleitung der ROTEN GARDE werden wir uns (nach einigen Monaten der Resignation) jetzt wieder aktiv am Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland beteiligen!

Wir fordern alle Anhänger der Liga und der GRF (KPD) auf:

Nehmt Kontakt auf zu Genossen der Partei und zur ROTEN GARDE! Lest den „Roten Morgen"! Überprüft die Linie der GRF und die Linie der KPD/ML anhand der Werke der Klassiker! Studiert die Gründungsgeschichte und -dokumente! Ihr werdet zu dem gleichen Ergebnis kommen wie wir: Die KPD/ML ist (übrigens auch zeitlich zuerst) auf korrekten Grundlagen, in Abgrenzung zum modernen Revisionismus, von dem allein sich die Neugründung einer kommunistischen Partei herleiten läßt, gegründet worden. (...)

Vorwärts mit der Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML!

Zwei ehemalige GRF-Sympathisanten aus Bochum.

'Sie hätten ihn auch sterben lassen!'

Einen Fall von der „besonderen Gesundheitsfürsorge" im Kapitalismus wollen wir hier berichten:

Unser Schwiegersohn klagte am Samstag über starke Schmerzen im Unterleib. Er hatte über 40 Grad Fieber. Der herbeigerufene Notarzt verschrieb nur Zäpfchen gegen Schmerzen am Blinddarm. Unser Schwiegersohn entgegnete: „Mein Blinddarm ist schon seit 12 Jahren raus!" Das interessierte diesen Arzt aber nicht, sondern er empfahl ihm, am Montag zum Hausarzt zu gehen.

Der Hausarzt schickte ihn am Montag zum Dienstag ins Krankenhaus, weil er seine Krankengeschichte kannte.

Im katholischen Krankenhaus Hildegardia wurde er ohne Untersuchung nach Hause geschickt, mit der Anordnung, am Donnerstag (!?!) wiederzukommen. Er ging aber am Dienstag nochmals zum Hausarzt, da er starke Schmerzen hatte. Der Hausarzt, der eine persönliche Verbindung zu einem Professor am Krankenhaus hat, verlangte eine sofortige Untersuchung.

Die Untersuchung brachte zutage, daß er u. a. Geschwüre am Dickdarm hatte, die teilweise schon geplatzt waren. Bei der Operation wurde außerdem noch eine akute Bauchfellentzündung festgestellt.

Er liegt bis heute auf der Intensivstation. Er mußte einen künstlichen Darmausgang bekommen, den er vielleicht sein Leben lang behalten muß. Unser Schwiegersohn ist 32 Jahre alt und von Beruf Maschinenarbeiter. Wenn der Hausarzt nicht auf diese Untersuchung gedrängt hätte, wäre die Untersuchung am Donnerstag in diesem Krankenhaus nicht mehr nötig gewesen, da er vielleicht schon tot gewesen wäre.

Wir schreiben das an Sie, weil wir sicher sind, daß das kein Einzelfall ist und wir wieder erlebt haben, daß die Gesundheitsfürsorge für uns Arbeiter äußerst unsicher ist. Der Kassenpatient ist für diesen Staat nicht viel wert, dem gilt nur unsere Arbeitskraft und unser Geld etwas.

Eine Familie aus Köln

Jetzt erst recht zur Abschlußveranstaltung des III. Parteitages!

Liebe Genossen!

Nachdem am 18. 1. 77 in einer Ludwigshafener Zeitung ein übler Hetzartikel gegen die Abschlußveranstaltung zum Parteitag der KPD/ML in der Friedrich-Ebert-Halle veröffentlicht wurde, sprach mich in der Schule ein Klassenkamerad auf den Zeitungsartikel hin an. Er erzählte mir, daß gegen die KPD/ML unheimlich gehetzt werde, und der ganze Artikel ein Machwerk übelster Art sei. Durch diese Kommunistenhetze, so sagte er, sei er erst richtig für die Veranstaltung interessiert worden.

Nachdem ich am nächsten Tag den Artikel auch gelesen hatte, diskutierten wir weiter. Er kaufte mir an diesem Tag sofort eine Eintrittskarte zur Veranstaltung ab. Ich gab ihm noch „Die Rote Garde" Nr. 1/75, die er sehr interessiert durchlas. Dieses Ereignis zeigt wieder: „Der Stein, den sie erhoben haben, um ihn auf uns zu werfen, fällt auf ihre eigenen Füße."

Rot Front

Ein Rotgardist aus Ludwigshafen

'Wissenswertes über Albanien'

Eine neue Sendereihe von Radio Tirana

„Wissenswertes über Albanien" ist eine Sendereihe, die Radio Tirana seit Anfang dieses Jahres neu in sein Programm aufgenommen hat. Jeden Sonntag bringt Radio Tirana nun informative Beiträge, die jeweils einem Aspekt des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der Sozialistischen Volksrepublik Albanien gewidmet sind. Wir empfehlen diese Sendereihe allen Lesern, die mehr über Albanien wissen möchten. Gleichzeitig weisen wir daraufhin, daß jeder Hörer von Radio Tirana aufgefordert ist, mit Anregungen und Vorschlägen zur Gestaltung des Programms dieser Sendereihe beizutragen. Im folgenden drucken wir einen Beitrag der neuen Sendereihe ab.

'Über die Wirtschaftsordnung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien'

Die Wirtschaft der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ist eine sozialistische Wirtschaft, die auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln beruht. In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien gibt es keine Ausbeuterklassen, sind das Privateigentum und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt und verboten.

Das sozialistische Eigentum ist die unantastbare Grundlage der sozialistischen Ordnung, die Quelle des Wohlstands des Volkes und der Stärke des Vaterlandes, es wird vom Staat besonders geschützt. Das sozialistische Eigentum besteht aus dem Staatseigentum und dem genossenschaftlichen Eigentum in der Landwirtschaft. Das Staatseigentum gehört dem ganzen Volk und ist die höchste Form des sozialistischen Eigentums.

Alleineigentum des Staates sind der Boden und die Bodenschätze, die Bergwerke, Wälder, Weiden, Gewässer, natürlichen Energiequellen, Werke, Fabriken, Maschinen-Traktorenstationen, Banken, Verkehrswege und Transportmittel der Eisenbahn, der See, der Schiffahrt und der Luftfahrt, die Post-, Telegraphen- und Telefonanlagen, Rundfunk- und Fernsehstationen und das Filmwesen. Eigentum des Staates ist auch jeder andere Besitz, der im Staatssektor geschaffen wird.

Der Boden wird den Wirtschaftsbetrieben und staatlichen Einrichtungen, den Landwirtschaftlichen Genossenschaften und gesellschaftlichen Organisationen zur gesellschaftlichen Nutzung, sowie einzelnen Staatsbürgern zur persönlichen Nutzung überlassen, und zwar unentgeltlich. Das genossenschaftliche Eigentum gehört der freiwillig in der Landwirtschaftlichen Genossenschaft zur Steigerung der Produktion und des Wohlstands, zum Aufbau des Sozialismus im Dorf und dem ganzen Land zusammengeschlossenen Gruppe von Werktätigen des Dorfes.

Eigentum der Landwirtschaftlichen Genossenschaft sind: Gebäude, Maschinen, Ausrüstungen, Fahrzeuge, Arbeitsgeräte und -mittel, Tierbestände, Obstbaumkulturen, pflanzliche und tierische Erzeugnisse sowie andere für ihre Tätigkeit notwendige Mittel. Der Staat unterstützt die Entwicklung und Verstärkung der Landwirtschaftlichen Genossenschaften und ihre Umwandlung in moderne Wirtschaften der sozialistischen Großproduktion. Der Staat setzt sich für die Verringerung der Unterschiede zwischen Stadt und Land ein.

Das persönliche Eigentum der Bürger wird vom Staat anerkannt und geschützt. Persönliches Eigentum sind: die Einkommen aus Arbeit und anderen gesetzlichen Quellen, Wohnhäuser und andere Dinge, die dazu dienen, die persönlichen und familiären materiellen und kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen. Der Staat organisiert, leitet und entfaltet das ganze gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben nach einem einheitlichen allgemeinen Plan mit dem Ziel, die ständig zunehmenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen, die Unabhängigkeit und die Verteidigung des Vaterlandes zu festigen, indem auf der Grundlage der fortgeschrittenen Technik die sozialistische Produktion ununterbrochen gesteigert und vervollkommnet wird.

Augenblicklich arbeiten die werktätigen Massen Albaniens, um den 6. Fünfjahrplan 1976-1980 zu realisieren. Für die Verwaltung all dessen, was Eigentum des gesamten Volkes ist, schafft der Staat Wirtschaftsbetriebe, die ihre Tätigkeit entfalten, indem sie sich von dem im Staatsplan ausgedrückten Allgemeininteresse der Gesellschaft leiten lassen. Der Außenhandel in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ist Monopol des Staates. Der Binnenhandel wird hauptsächlich vom Staat betrieben, der jede Tätigkeit auf diesem Gebiet kontrolliert. Die Verkaufspreise für die Produkte der Staatsbetriebe sowie die Preise, zu denen der Staat die landwirtschaftlichen Produkte kauft, werden vom Staat festgelegt. In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ist die Vergabe von Konzessionen, die Gründung von ausländischen oder mit bürgerlichen und revisionistischen kapitalistischen Monopolen und Staaten gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzgesellschaften und anderen Institutionen sowie die Annahme von Krediten von ihnen verboten. Dem gesamten sozialökonomischen Leben des Landes liegt die Arbeit zugrunde.

Die Arbeit bildet die Hauptquelle für die Sicherung des Lebensunterhalts eines jeden Bürgers. Der Staat strebt die Verringerung der Unterschiede zwischen der geistigen und körperlichen Arbeit, zwischen der Arbeit in der Industrie und der Landwirtschaft an. Der Staat kümmert sich um den Arbeitsschutz und die Qualifikation der Werktätigen und ergreift Maßnahmen dafür. In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien wird das sozialistische Prinzip angewandt, jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Für gleiche Arbeit ist gleicher Lohn garantiert. Als Arbeitsanreiz für möglichst große Ergebnisse wird richtig die Verwendung von materiellen Anreizen mit moralischen kombiniert, wobei den moralischen Anreizen Vorrang eingeräumt wird. Der gesellschaftliche Konsumtionsfonds für die Befriedigung der gemeinsamen Bedürfnisse der Bürger wird laufend erhöht. Die Bürger der sozialistischen Volksrepublik Albanien zahlen keinerlei Steuern und Gebühren.

SENDEREIHEN VON RADIO TIRANA

Montag:	Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt (alle Programme)
Donnerstag:	Die Völker im Kampf für die nationale und soziale Befreiung (1. Programm)
Samstag:	Musikprogramm (1. Programm)
	Für eine revolutionäre Kunst des sozialistischen Realismus (2. Programm)
Sonntag:	Der Marxismus-Leninismus – eine immer junge und wissenschaftliche Lehre (alle Programme)
	Wissenswertes über das sozialistische Albanien (alle Programme)

Außerdem die Sendereihen:

Hervorragende revolutionäre Ereignisse und Gestalten

Ausländer über Albanien

Freunde über Albanien

Sendezeiten siehe Seite 11

KBW-Kritik am Programmentwurf

Wie die Katze um den heissen Brei

Im Oktober letzten Jahres veröffentlichte unsere Partei einen Entwurf zum Programm der KPD/ML. Dieser Programmentwurf wurde gleichzeitig einigen Organisationen – so auch dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) – mit der Aufforderung zu einer Stellungnahme zugeschickt. Vor einiger Zeit hat der KBW eine solche Stellungnahme veröffentlicht (siehe: Kommunismus und Klassenkampf, theoretisches Organ des KBW, 8/76). Im theoretischen Organ unserer Partei, „Der Weg der Partei“, werden wir uns ausführlich und im einzelnen mit der Kritik dieser Organisation am Programmentwurf unserer Partei, der mit einigen Korrekturen und Verbesserungen inzwischen vom III. ordentlichen Parteitag als Programm der KPD/ML verabschiedet worden ist, auseinandersetzen. In dem folgenden Artikel wollen wir vor allem die Methode aufzeigen, die der Stellungnahme des KBW zum Programmentwurf unserer Partei zugrundeliegt.

Für jeden, der die Auseinandersetzung innerhalb der revolutionären Bewegung in den letzten Jahren auch nur ein wenig verfolgt hat, liegen die großen und tiefgehenden Widersprüche, die der KBW zum Programmentwurf unserer Partei haben muß, auf der Hand. In der Stellungnahme des KBW zum Programmentwurf unserer Partei ist von diesen Widersprüchen aber, wenn überhaupt, nur am Rande und in einer Weise, die die Tatsachen auf den Kopf stellt, die Rede. Wir werden auf die tatsächlichen Widersprüche des KBW zum Programmentwurf bzw. Programm unserer Partei noch zurückkommen. Zunächst aber wollen wir uns beispielhaft mit einigen der Finten und Ablenkungsmanöver beschäftigen, die der KBW in der Hoffnung vorträgt, auf diese Weise zu verhindern, daß seine opportunistischen Auffassungen an den klaren marxistisch-leninistischen Positionen des Programms unserer Partei gemessen werden.

So greift sich der KBW folgende Passage auf Seite 4 des Programmentwurfs unserer Partei heraus: „*Während der Lohn der Arbeiter als Preis der Ware Arbeitskraft in der Regel gerade zum Leben reicht und sogar die Tendenz hat, unter dieses Minimum zu sinken, häuft die Bourgeoisie ungeheuren Reichtum an. Die einzige Quelle dieses Reichtums ist der von den Lohnarbeitern in unbezahlter Mehrarbeit geschaffene Mehrwert.*“ Gegen diese Formulierung führt der KBW eine Stelle aus der Schrift „*Kritik des Gothaer Programms*“ von Karl Marx an, in der Karl Marx heftig gegen eine scheinbar ähnlich lautende Formulierung im Gothaer Programm der Sozialdemokraten zu Felde zieht. Im Gothaer Programm hieß es allerdings: „*Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur, und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsmitgliedern ...*“ Die Kritik, die Karl Marx an dieser Formulierung übt und die er mit der Feststellung einleitet, daß nicht nur die Arbeit, sondern auch die Natur Quelle des Reichtums ist, richtet sich vor allem dagegen, daß diese Formulierung eine Übernahme der These Lassalles vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ ist, die auf eine Beschönigung des Kapitalismus und auf eine kleinbürgerliche und unwissenschaftliche Vorstellung vom Sozialismus hinausläuft. Aber nicht einmal der KBW mag sich zu der Behauptung versteigen, daß diese Theorie Lassalles im Programmentwurf vertreten wird. Schon aus diesem Grund müssen die vom KBW bemühten, an sich natürlich sehr richtigen Überlegungen von Karl Marx in diesem Fall ins Leere stoßen. Zum anderen ist dem Autor des KBW-Artikels offensichtlich ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen den Ausführungen im Programmentwurf unserer Partei und denen im Gothaer Programm entgangen. Während im Gothaer Programm nämlich vom Reichtum schlechthin die Rede ist, spricht der Programmentwurf von dem von der **Bourgeoisie angehäuften Reichtum**. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Denn die Tatsache, daß die Bourgeoisie immer größeren Reichtum **anhäuft**, erklärt sich allerdings aus der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital, also aus der Mehrwertproduktion. Wer das leugnet, beschönigt den Kapitalismus.

Dem KBW aber gibt besagte Stelle des Programmentwurfs Anlaß zu einem vernichtenden Urteil: „*Ist es kleinlich, auf solchen Fehlern herumzureiten? Wir meinen, daß es nicht kleinlich, sondern notwendig ist. Man muß ein Programm kritisieren, das behauptet, revolutionär zu sein und mit einer ‚Kleinigkeit‘ die Möglichkeit der proletarischen Revolution aus der Welt schafft.*“ So einen gewichtigen Vorwurf wollen wir nicht auf die leichte Schulter nehmen. Schauen wir uns also an, wie der KBW ihn begründet. Kurz zusammengefaßt argumentiert der KBW-Artikel wie folgt: Die Aussage des Programmentwurfs, daß der Mehrwert die Quelle des von den Kapitalisten angehäuften Reichtums ist, sei identisch mit der Behauptung, daß der Mehrwert die einzige Quelle des gesellschaftlichen Reichtums ist. Es stört den KBW nicht weiter, daß das offenkundiger Blödsinn ist. Munter wird geschlußfolgert: Wenn also die sozialistische Revolution die Ausbeutung und damit den Mehrwert beseitigt, gäbe es ja keinen gesellschaftlichen Reichtum mehr, also könne die Gesellschaft gar nicht existieren, also ist die sozialistische Revolution unmöglich, also schafft der Programmentwurf die Möglichkeit der proletarischen Revolution aus der Welt.

Was soll man dazu sagen? – Wir wollen uns mit der Feststellung begnügen, daß es nach Ansicht unserer Partei allerdings möglich ist, den Sozialismus zu errichten, ohne daß die Kapitalisten weiterhin Reichtum anhäufen.

Kommen wir zu einer weiteren Kritik des KBW am Programmentwurf unserer Partei. Im Programmentwurf heißt es ebenfalls auf Seite 4: „*Die Arbeiter sind aller Produktionsmittel beraubt und können ihre Existenz nur durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Kapitalisten fristen.*“ Kommentiert der KBW: „*Das ist richtig. Es reicht aber nicht aus, um zu erklären, warum die Arbeiter gezwungen sind, ihre ‚Existenz nur durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Kapitalisten fristen‘* zu können. *Die Arbeiter sind im Kapitalismus aller Lebensmittel beraubt ...*“ Die im Programmentwurf unserer Partei gegebene Definition des Proletariats ist aber ausreichend und richtig. So schreibt Engels in einer Anmerkung zum Kommunistischen Manifest: „*Unter Proletariat* (wird) *die Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können*“ verstanden (MEW Bd. 4, S. 462). Wir überlassen es dem KBW, die seiner Ansicht nach nicht ausreichende Definition des Proletariats von Engels zu ergänzen.

Wir wollen noch auf ein letztes Beispiel der Kritik des KBW am Programmentwurf unserer Partei eingehen. Auf Seite 58 des Programmentwurfs heißt es: „*Die Diktatur des Proletariats ist die notwendige Übergangsphase zum Kommunismus, zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, die auf diesen Klassenunterschieden beruhen ...*“ Selbstverständlich müßte es heißen: ... zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, **worauf** diese Klassenunterschiede beruhen. Dieser sinnentstellende Übertragungsfehler ist sicherlich bedauerlich und hätte bei einer so wichtigen Sache nicht passieren dürfen. Insofern wäre ein Hinweis des KBW sehr nützlich gewesen, obwohl der Fehler kurz nach der Veröffentlichung des Entwurfs von uns entdeckt worden ist. Der KBW aber begnügt sich keineswegs mit einem solchen durchaus angebrachten Hinweis. Der Autor des KBW-Artikels meint vielmehr, nun endlich gefunden zu haben, was er bereits seitenlang so vergeblich gesucht hat: den Beweis, daß der Programmentwurf ein idealistisches, unmarxistisches Machwerk sei. Spalte für Spalte versucht er das nun auszuschlachten, indem er sorgfältig ausmalt, was es alles für Konsequenzen hat, wenn man meint, daß die Produktionsverhältnisse auf den Klassenunterschieden beruhen und nicht umgekehrt. Nur sind diese Konsequenzen im Programmentwurf nicht zu finden, weil unsere Partei niemals diese Auffassung vertreten hat. Der KBW schlägt also hier auf einen Popanz ein, und das einzige, wofür wir in diesem Zusammenhang Selbstkritik üben müssen, ist, daß wir ihm durch unsere Schlamperei diesen Popanz geliefert haben.

Bevor wir nun auf die Fragen zu sprechen kommen, die der KBW aus seiner Stellungnahme so hartnäckig ausklammert, wollen wir es nicht versäumen, eine Kritik des KBW zu erwähnen, die berechtigt ist. Auf Seite 35 des Programmentwurfs hieß es: „*Die weiten Gebiete Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind zu Sturmzentren der Weltrevolution geworden. Die unterdrückten Völker dieser Gebiete sind die entscheidende Kraft, die das Rad der Geschichte vorwärtstreibt.*“ Dazu schreibt der KBW: „*Die unterdrückten Völker dieser Gebiete sind längst zu einer Haupttriebkraft der Geschichte geworden. Sie sind aber nicht die entscheidende Kraft. Entscheidend ist, welche Klasse die politische Führung innehat. Nur die internationale Arbeiterklasse kann die unterdrückten Völker zur proletarischen Weltrevolution führen. (...) Die Führung durch die Arbeiterklasse ist entscheidend für den Gang der Revolution.*“ Das ist im wesentlichen richtig, und diese Stelle des Entwurfs ist auch entsprechend geändert worden.

Wir haben natürlich nicht alle Punkte aufgegriffen, mit denen der KBW zu beweisen versucht, daß der Programmentwurf durch und durch idealistisch, unmarxistisch, revisionistisch verseucht usw. sei. Aber die angeführten Beispiele sind durchaus typisch und geben einen guten Eindruck davon, von welcher Art die Kritik des KBW ist. Krampfhaft versteift sich die KBW-Stellungnahme darauf, daß dieser angebliche „kleinbürgerliche Idealismus“ unserer Partei das einzige ist, was unsere Partei und den KBW voneinander trennt. So heißt es in der Stellungnahme: „*Wir meinen, daß in der Gruppe Roter Morgen mit dem tiefsitzenden kleinbürgerlichen Idealismus gebrochen werden muß, bevor ein marxistisch-leninistisches Programm herauskommen kann. Es wird sich dann vom Programm des KBW nicht grundsätzlich unterscheiden und man kann die Einheit im Aufbau der Partei anstreben.*“ Das ist ganz entschieden nicht die Auffassung unserer Partei zu dieser Frage. Selbst wenn wir alle die Merkwürdigkeiten, die der KBW am Programmentwurf kritisiert, akzeptieren würden, wovor wir uns schwer hüten werden, wären davon die tatsächlichen Widersprüche zwischen unserer Partei und dem KBW kaum berührt.

Der Hauptpunkt der Kritik unserer Partei am KBW und seinem Programm ist der starke Einfluß des modernen Revisionismus. Dieser starke revisionistische Einfluß, für den das ständige Buhlen des KBW um Aktionseinheiten mit den modernen Revisionisten ein untrügliches Anzeichen ist, drückt sich vor allem in der Haltung des KBW zur gewaltsamen sozialistischen Revolution aus. Ob man die gewaltsame proletarische Revolution als einzigen Weg zum Sozialismus anerkennt oder nicht, ist eine zentrale Frage, an der sich Marxismus-Leninismus und Revisionismus unversöhnlich gegenüberstehen. Während die marxistisch-leninistischen Parteien, die unter den Bedingungen des Kapitalismus kämpfen, ihre gesamte Tätigkeit dem Ziel der Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordnung und der Errichtung der Diktatur des Proletariats durch die gewaltsame sozialistische Revolution unterordnen, versuchen die alten und die modernen Revisionisten, die Arbeiterklasse mit der Theorie des friedlichen Weges zum Sozialismus vom Kampf für die sozialistische Revolution abzuhalten.

Wie steht nun der KBW zu dieser Frage? Bei der ohnehin recht dürftigen Abhandlung von Reformismus und Revisionismus im KBW-Programm ist vom Verrat der modernen Revisionisten an der gewaltsamen proletarischen Revolution nicht die Rede und die revisionistische Theorie des friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus wird nicht einmal erwähnt, geschweige denn entlarvt. Die Verteidigung der marxistisch-leninistischen Auffassung von der Notwendigkeit der gewaltsamen sozialistischen Revolution ist dem KBW offensichtlich nicht gerade eine Herzensangelegenheit. In dem gesamten Programm des KBW taucht die Frage der **gewaltsamen** Revolution sage und schreibe in einem einzigen Satz auf, und diesen Satz muß man gelesen haben: „*Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen.*“ (S. 16). Das ist alles andere als eine klare Aussage, zumal der KBW sich bis heute nicht entschließen konnte, mehr als einige sehr wenige und sehr allgemeine Sätze über den kapitalistischen Staat in sein Programm aufzunehmen. Insbesondere erfährt man ansonsten nichts über die besagten „bewaffneten Formationen“ der Bourgeosie. Was der KBW verschweigt, ist die Tatsache, daß die Bourgeoisie niemals auf ihre bewaffneten Formationen wie Polizei und Armee verzichten wird. Sie wird immer versuchen, die Kämpfe des Proletariats, wenn sie ein für die Herrschaft der Bourgeoisie gefährliches Ausmaß und Niveau erreichen, mit militärischer Gewalt blutig niederzuschlagen. Deshalb gibt es für das Proletariat nur den Weg der gewaltsamen Revolution. Deshalb ist es immer die erste Aufgabe der kommunistischen Partei, die Arbeiterklasse im Bewußtsein dieser Notwendigkeit zu erziehen. Der KBW dagegen läßt die Möglichkeit, daß die Bourgeoisie eines Tages nicht mehr über bewaffnete Formationen verfügt und damit die Möglichkeit einer gewaltlosen Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat offen. Das Programm des KBW leugnet den Weg der **gewaltsamen** sozialistischen Revolution als allgemeingültiges Gesetz des proletarischen Befreiungskampfes.

Daß das keine Wortklauberei ist, wird deutlich, wenn der KBW auf Seite 25 seines Programms folgende Forderung aufstellt, die wohlgemerkt noch im Kapitalismus durchgesetzt werden soll: „*Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten.*“ Es stellt sich die Frage, ob diese Volksmiliz, die der KBW wohlgemerkt noch vor der Revolution erkämpfen will, noch eine bewaffnete Formation der Bourgeoisie sein soll. Offensichtlich nicht, sonst hätte der KBW sie ja wohl kaum „Volksmiliz“ genannt. Daraus folgt, daß mit der Erkämpfung dieser Volksmiliz für den KBW der friedliche Weg zum Sozialismus Realität wird.

Während so der KBW in seinem Programm die revisionistische Theorie des friedlichen Übergangs verbrät, zeigt der Programmentwurf der Partei an vielen Stellen unmißverständlich die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution auf, und dieser Frage ist im Programmentwurf auch ein eigenes Kapitel eingeräumt. Das ist dem Autor der KBW-Stellungnahme natürlich nicht entgangen und er versucht, sich mit einem Bluff aus der Affäre zu ziehen. Er greift eine Formulierung aus dem Programmentwurf auf Seite 53 heraus. Dort heißt es: „*Die Diktatur des Finanzkapitals bricht zusammen und weicht der Diktatur des Proletariats.*“ Wenn ansonsten über die Frage der gewaltsamen Revolution im Programmentwurf nichts mehr gesagt würde, wäre das allerdings im höchsten Grade opportunistisch. Nur ist das nicht der Fall. Die Frage der gewaltsamen Revolution wird im Programmentwurf völlig klar dargestellt. Da ist es allerdings eine kindische Forderung, daß in jedem Satz, der von der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus handelt, die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution erneut bekräftigt werden muß. Wenn der KBW so tut, als finde sich sonst nichts zur gewaltsamen Revolution im Programmentwurf, ist das ein reines Betrugsmanöver, das davon ablenken soll, daß der KBW in seinem Programm tatsächlich ausgeprägt reformistische Positionen vertritt. Und hier liegt in der Tat ein tiefgehender, unüberbrückbarer Widerspruch zwischen dem Programm des KBW und dem Programm unserer Partei. Solange der KBW nicht eine marxistisch-leninistische Haltung zur Frage der gewaltsamen sozialistischen Revolution einnimmt, ist es absolut unsinnig, von Annäherung, Einheit oder ähnlichem zu reden.

Einen ähnlichen Bluff wie in der Frage der gewaltsamen Revolution versucht der KBW auch in der Gewerkschaftsfrage. Bekanntlich vertritt der KBW in der Gewerkschaftsfrage eine äußerst rechte Position, indem er den reaktionären DGB-Apparat unterstützt. Um davon abzulenken, greift der KBW aus heiterem Himmel, ohne den leisesten Anschein einer Begründung, die revolutionäre Linie der Partei in der Gewerkschaftsfrage als „rechts“ an.

Ebenfalls geht der KBW auf die Einschätzung unserer Partei zur nationalen Frage nicht ein, obwohl der KBW in dieser Frage eine vollständig andere Position einnimmt als der Programmentwurf. Faktisch hat der KBW von den modernen Revisionisten nämlich die These von der Existenz von zwei deutschen Nationen übernommen. Alle Widersprüche zwischen dem KBW und unserer Partei, die wir hier natürlich nicht vollständig behandeln können, laufen darauf hinaus, daß der KBW eine durch und durch versöhnlerische Haltung gegenüber dem modernen Revisionismus einnimmt und infolgedessen politisch-ideologisch stark in dessen Fahrwasser geraten ist. Das ist es, was die Stellungnahme des KBW zum Programmentwurf unserer Partei verbergen soll.

Aus aller Welt

KAMPUCHEA

Wie Radio „Demokratisches Kampuchea“ berichtete, fand am 16. Januar in Phnom Penh eine Versammlung statt, um den 9. Jahrestag der Gründung der Revolutionsarmee von Kampuchea zu begehen. An der Versammlung nahmen der Präsident des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea, Khieu Samphan und andere teil. Aus Anlaß dieses Jahrestages hielt der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses eine Rede. Er sprach über die Geschichte der kambodschanischen Revolutionsarmee und den heroischen Kampf des Volkes und der Armee Kampucheas für die Befreiung von den US-Imperialisten und ihren Lakaien, der Lon-Nol-Verräterclique. Er hob ferner hervor, daß die Revolution des Volkes von Kampuchea weitergeführt worden ist und auf den verschiedenen Gebieten gute Ergebnisse erzielt worden sind.

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten führten eine kühne Aktion gegen einen Stützpunkt der englischen Besatzertruppen im Westen von Belfast durch. Sie näherten sich ungehindert dem Stützpunkt und eröffneten aus Mörsern das Feuer auf ihn. Infolge des Angriffs entstand großer Sachschaden. Die Versuche der englischen Besatzungskräfte, die Patrioten, die diese Aktion organisiert hatten, einzukesseln, endeten erfolglos. Im Osten von Belfast wurde eine Einheit der englischen Truppen von den Patrioten unter Beschuß genommen. Nach einem kurzen Gefecht waren die englischen Soldaten gezwungen, sich zurückzuziehen. Weiterhin wurde in der Nähe von Derry ein englisches Streifenfahrzeug durch die Explosion einer Mine zerstört.

USA

Die kapitalistische Wirtschaft der USA erleidet durch die Krise immer schwerere Schläge. Wie aus Angaben der amerikanischen Presse hervorgeht, sinkt die Produktion laufend. Allein im letzten Quartal 1976 verringerte sich die Produktion im Vergleich zu den vorhergehenden drei Monaten um 0,9%. Auch die Arbeitslosigkeit nimmt immer größere Ausmaße an, wodurch die Lebensbedingungen der werktätigen Massen immer mehr verschlechtert werden. Eine schwere Bürde sind für die Werktätigen auch die hohen Preise. In den Jahren 1974/75 und 1976 sind die Preise in den USA im allgemeinen um rund 25% gestiegen. Besonders gestiegen sind dabei die Preise von Nahrungsmitteln wie Fleisch, Obst und Gemüse.

MEXIKO

In Mexiko sendete Radio „Educacion“ anläßlich des 31. Jahrestages der Proklamation der Sozialistischen Volksrepublik Albanien ein Sonderprogramm. In der Sendung wurde über das politische und gesellschaftliche System im sozialistischen Albanien, über die vom albanischen Volk in den Jahren der Volksmacht auf dem Gebiet der Industrie, der Landwirtschaft, der Kultur usw. erzielten Siege gesprochen und hervorgehoben, daß Albanien eines der wenigen Länder in der Welt ist, das das ganze Land elektrifiziert hat, wo es außerdem keine Steuern gibt und wo die ärztliche Versorgung für alle unentgeltlich ist. Aus dem gleichen Anlaß wurde im polytechnischen Hochschulinstitut von Mexiko eine Konferenz über Albanien organisiert.

PALÄSTINA

Um den ständig sich ausweitenden Widerstand des arabischen Volkes in den besetzten Gebieten zum Erlöschen zu bringen, stoßen die israelischen Zionisten immer lauter Drohungen gegen die Bevölkerung aus. So erklärte kürzlich der Polizeichef Shlomo Hillel, die Zahl der israelischen Polizeikräfte am Westufer des Jordan werde vergrößert und die Teilnehmer von Demonstrationen und Streiks hätten mit schweren Strafen zu rechnen. Auch die Tel Aviver Zionistenhäuptlinge Peres, Allon und Konsorten führen immer häufiger Inspektionen in den besetzten Gebieten durch, wo sie Sonderbefehle und Anweisungen erteilen, um die Unterdrückung und den Terror dort zu verstärken. Die überall eingerichteten Militärgerichte sprechen gegen die arabischen Einwohner schwere Strafen aus.

Auf diese verstärkte Welle des Terrors antworten die arabischen Einwohner in den besetzten Gebieten mit einer Ausweitung ihrer Protestbewegung und des bewaffneten Kampfes. Davon zeugen die zahlreichen Streiks und Demonstrationen, zu denen es besonders in letzter Zeit in den Städten Nablus, Ramallah, Jenin, Bethlehem, Hebron und anderen kam. Daneben versetzen die palästinensischen Partisanen dem zionistischen Feind mit ihren kühnen Aktionen ständige Schläge.

PORTUGAL

Wie die Zeitungen berichten, sind in Portugal die Preise erneut höhergeschraubt worden. Die Preise für Brennstoffe wurden um mehr als 17% heraufgesetzt. Damit ist Portugal eines der kapitalistischen Länder, das in Europa mit die höchsten Brennstoffpreise hat. Die neue Preissteigerung rief die Empörung der breiten werktätigen Massen Portugals hervor. In einigen Städten des Landes fanden machtvolle Demonstrationen der Werktätigen gegen diese Preissteigerungen statt.

SÜDAFRIKA

Das südafrikanische Rassistenregime bereitet sich auf weitere Aggressionen vor. Das geht aus der Erhöhung der Ausgaben für Kriegszwecke hervor, die das rassistische Vorster-Regime beschlossen hat. Wie gemeldet wird, überschreitet der Militärhaushalt des Regimes für 1977 zwei Milliarden Rand. Im Vergleich zu den Militärausgaben des vergangenen Jahres ist das ein Zuwachs von 650 Millionen Rand oder 30%. Das geschieht, während zugleich die Ausgaben auf anderen Gebieten verringert und die Steuern von Jahr zu Jahr heraufgesetzt werden, was für die werktätigen Massen des Landes eine immer unerträglichere, drückende Last bedeutet.

PANAMA

Die Studenten und andere Volksschichten der Stadt Panama organisierten in der letzten Woche Kundgebungen und Demonstrationen in der Kanalzone, um des 13. Jahrestages des patriotischen Kampfes gegen die amerikanische Besetzung zu gedenken. Die Teilnehmer betonten auf den Kundgebungen, daß die panamaische Flagge die einzige Flagge ist, die auf dem Territorium Panamas wehen darf.

SOWJETUNION

Ebenso wie die Wirtschaft der anderen kapitalistisch-revisionistischen Länder ist auch die sowjetische Wirtschaft von einer schweren Krise erfaßt, die sich in immer größeren wirtschaftlichen Mißerfolgen äußert. Dies hat dazu geführt, daß die Moskauer Herren genötigt sind, das Volumen der Importe aus anderen kapitalistischen Ländern, wie z. B. den USA, der Deutschen Bundesrepublik, Frankreich, Japan und anderen zu vergrößern. Infolgedessen betrug das Handelsdefizit der Sowjetunion gegenüber den USA in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres 1,182 Mrd. Dollar, gegenüber der Deutschen Bundesrepublik 787,632 Mio. Dollar, gegenüber Japan 570,092 Mio. Dollar und gegenüber Frankreich 8,628 Mio. Dollar.

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL

Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus“ (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Iran

TOUFAHN

ORGAN DE L'ORGANISATION MARXISTE-LENINISTE IRANIENNE

PROLETAIRES DE TOUS LES PAYS, NATIONS ET PEUPLES OPPRIMES, UNISSEZ-VOUS ! Nº

Mondale in Westeuropa

US-Imperialisten pochen auf ihre Vorherrschaft

Noch keine Woche war die neue Regierung Carter in Washington im Amt, als bereits der neue Vizepräsident Mondale nach Westeuropa gereist kam, um im Nato-Hauptquartier in Brüssel, bei der EG-Kommission, in Bonn, Westberlin, Rom und London vorzusprechen. Bei seinen Unterredungen machte Mondale keinen Hehl daraus, daß auch die jetzige US-Regierung Westeuropa kurz an der Leine zu halten gedenkt und unnachgiebig darauf pochen wird, die Interessen des US-Imperialismus unter seinen westeuropäischen Verbündeten durchzusetzen.

Massenarbeitslosigkeit, Armut und breites Elend, Korruption und wachsende Kriminalität — all das, prahlte Carters Mannschaft im Wahlkampf, würden sie beseitigen. Doch Mondale reiste nicht etwa durch die USA, sondern sogleich nach Europa. Die US-Imperialisten hätten nicht deutlicher machen können, welche außerordentlich wichtige Rolle die Vorherrschaft über Westeuropa für sie und ihren Kampf um imperialistische Weltherrschaft spielt. Mondales Erscheinen in Brüssel, Bonn, in Westberlin, Rom und London bedeutete nichts anderes als Flagge zeigen. Flagge zeigen gegenüber der anderen Supermacht, dem russischen Sozialimperialismus, dem man demonstrierte, daß der US-Imperialismus immer noch Herr in Westeuropa ist. Flagge zeigen aber auch gegenüber den westeuropäischen Völkern. Hinter den üblichen Phrasen von „Freundschaft“ und „Zusammenarbeit“ kündigte Mondale unverhohlen an, daß die US-Imperialisten nicht im Traum daran denken, ihre Klauen von Europa zu lassen, sondern daß sie sich hier in noch stärkerem Maße festsetzen wollen.

Mondales Rede vor dem Hauptquartier des aggressiven Nato-Blocks in Brüssel bestätigte das. Im Namen des US-Imperialismus erklärte er den westeuropäischen Imperialisten, die USA erwarteten von ihnen, daß sie „bis an die Grenze ihrer Fähigkeit“ dazu beitragen, die Nato aufzurüsten. — Noch größere Kriegsanstrengungen auf dem Rücken der Werktätigen Westeuropas, das ist die nackte Wahrheit, die hinter Carters Bibelsprüchen von Frieden und Gerechtigkeit steckt.

Bei den verschiedensten Treffen mit den Regierungshäuptern der westeuropäischen Imperialisten machte Mondale auch deutlich, daß Washington in allen wesentlichen Fragen, die die Interessen des US-Imperialismus in Europa wie in der ganzen Welt betreffen, unbedingte Fügsamkeit von seinen Verbündeten verlangt. Im gleichen Atemzug forderte Mondale in Bonn, daß den US-Imperialisten der Zugang zum westdeutschen Markt erleichtert werden solle durch Aufhebung der bestehenden Importbeschränkungen. Doch hierbei stieß der US-Vizepräsident auf den Widerstand der westdeutschen Imperialisten, die zwar zu allen möglichen Schandtaten an der Seite des US-Imperialismus bereit sind und ihm bei seinen Verbrechen volle Unterstützung geben; aber eine Aufhebung der Importbeschränkungen würde für die westdeutschen Imperialisten eine erhebliche Schmälerung ihrer Profite bedeuten.

Daß das Bündnis zwischen US-Imperialismus und westdeutschem Imperialismus keineswegs ohne Probleme ist, sondern vielmehr auch durch zunehmende Querelen zwischen den beiden Imperialisten gekennzeichnet ist, machte auch der Streit zwischen Bonn und Washington über die Lieferung von Atomkraftwerken für Brasilien deutlich. Hatten die westdeutschen Imperialisten den amerikanischen das Geschäft weggeschnappt und sich in Brasilien die Aufträge zum Bau von Kernkraftwerken gesichert, so versuchen die USA-Imperialisten jetzt durch entsprechenden Druck auf Bonn, das Milliardengeschäft noch in letzter Minute rückgängig zu machen. Besonders aufgebracht sind die US-Imperialisten darüber, daß Bonn auch Urananreicherungsanlagen in Brasilien errichten will, da die US-Imperialisten bisher im Westen praktisch das Monopol für die Anreicherung von Uran besitzen. Mit viel Geschrei klagen die US-Imperialisten Bonn an, es würde Brasilien die Möglichkeit gewähren, selbst Atombomben herzustellen. In der Tat würde die faschistische Diktatur in Brasilien diese Möglichkeit durch das Atom-Projekt erhalten. Doch für die US-Imperialisten ist dies nur ein propagandistischer Vorwand. Tatsächlich geht es beiden um das Geschäft und um den imperialistischen Einfluß, der mit der Errichtung von Kernkraftwerken in Brasilien verbunden ist.

Ob die US-Imperialisten oder die westdeutschen Imperialisten in Brasilien Atomkraftwerke errichten, ob die einen oder anderen in Brasilien ihren imperialistischen Einfluß verstärken — das eine wie das andere richtet sich gegen den Befreiungskampf des brasilianischen Volkes. Daher ist auch Washingtons Geschrei, Brasilien würde durch den Vertrag mit Bonn in die Lage versetzt, Atombomben herzustellen, nur geheuchelt und hat mit dem Kampf des brasilianischen Volkes und unserem Kampf gegen diesen Vertrag nichts gemeinsam.

Daß die westdeutschen Imperialisten, wie Schmidt gegenüber Mondale zusicherte, bereit sind, bei ihrem Geschäft mit den brasilianischen Faschisten zurückzustecken, zeigte andererseits, daß die US-Imperialisten nach wie vor der Oberherr in Westeuropa sind, und daß sie keineswegs bereit sind, diese Rolle aufzugeben. Im Gegenteil, die Reise des Vizepräsidenten Mondale verfolgte gerade den Zweck, die Oberherrschaft des US-Imperialismus über Westeuropa zu bekräftigen und zu bestärken.

Rom

Grosskundgebung gegen die Supermächte

„Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!“ Unter dieser Losung rief die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten am 30. Januar in Rom zu einer Kundgebung gegen das Hegemoniestreben und die Kriegspolitik der beiden Supermächte, gegen die Kriegsschiffe der beiden Supermächte im Mittelmeer, für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit auf.

An der begeisternden Veranstaltung nahmen rund 2 000 Menschen teil. Die Partei der Arbeit Albaniens hatte der KP Italiens/ML und der Kundgebung ein Grußtelegramm gesandt, in dem die enge Verbundenheit der albanischen Kommunisten mit dem Kampf der KPI/ML und des italienischen Volkes hervorgehoben wurde. Die Kommunistische Partei Brasiliens hatte ebenfalls eine Grußadresse gesandt. Die Veranstaltung ehrte die heldenhaft gefallenen Kämpfer der KP Brasiliens mit einer Schweigeminute. Auf Einladung der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten sprachen auf der Kundgebung auch Vertreter der Kommunistischen Partei Argentiniens/ML, der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und der Kommunistischen Partei Griechenlands/Marxisten-Leninisten. Eine Delegation der KPD/ML unter der Leitung des Genossen Ernst Aust nahm ebenfalls an der Veranstaltung teil.

Zu Beginn der Veranstaltung sprach der Sekretär der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten, Genosse Fosco Dinucci. In seiner immer wieder von Sprechchören unterbrochenen Rede hob Genosse Dinucci hervor, daß die KPI/ML die einzige Partei ist, die heute in Italien das große revolutionäre Erbe der ruhmreichen Kommunistischen Partei Italiens Antonio Gramscis fortsetzt. Am Tag der Veranstaltung jährte sich zum 56. Mal die Gründung der KPI durch Antonio Gramsci. Genosse Dinucci geißelte den vollständigen Verrat der italienischen Revisionisten an diesen großen revolutionären Kampftraditionen der italienischen Kommunisten und des italienischen Proletariats. Genosse Dinucci entlarvte die Kriegs- und Hegemoniepolitik der beiden Supermächte im Mittelmeerraum. Er unterstrich die historische Bedeutung des 7. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens. Genosse Fosco Dinucci ging auf den Kampf des italienischen Proletariats und der werktätigen Massen Italiens gegen die verschärfte Ausbeutung und die wachsende faschistische Gefahr ein. Besondere Bedeutung maß der Sekretär der italienischen Bruderpartei in seiner Rede den Fragen des proletarischen Internationalismus bei. Er unterstrich die Notwendigkeit der verstärkten Zusammenarbeit und der Vertiefung der Einheit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien.

In seiner Ansprache an die Veranstaltung ging Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei, auf den Kampf gegen die beiden Supermächte in Deutschland, gegen den westdeutschen Imperialismus und die neue ostdeutsche Bourgeoisie ein. Er erläuterte die wesentlichen Fragen der Strategie und Taktik unserer Partei im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Seine Rede war insbesondere eine scharfe Abrechnung mit der sozialchauvinistischen Strömung, die unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den russischen Sozialimperialismus eine Politik der Kapitulation vor der eigenen Bourgeoisie betreibt, die sich sogar im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus auf die andere Supermacht, den USA-Imperialismus stützen will. Ein anderer Genosse unserer Partei berichtete den Kundgebungsteilnehmern über den Aufbau der KPD/ML in der DDR und über die Bedingungen, unter denen die Genossen in der DDR und die Arbeiterklasse der DDR kämpfen. Alle Delegationen, die über den Kampf ihrer Parteien, der Arbeiterklasse und der Werktätigen ihrer Länder berichteten, unterstrichen einhellig die Notwendigkeit der verstärkten und vertieften Zusammenarbeit zwischen den marxistisch-leninistischen Bruderparteien und die Notwendigkeit, an der Linie des unversöhnlichen, revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus festzuhalten.

Die Veranstaltung in Rom, die ein großartiger Ausdruck des lebendigen proletarischen Internationalismus war, endete mit dem Gesang der Internationale.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Kämpfe in Spanien

'Wir erheben das Banner der Republik'

Mit einer breiten Welle von Proteststreiks, Demonstrationen und anderen Aktionen haben die spanischen Arbeiter und die übrigen Werktätigen auf die Morde und den brutalen Terror geantwortet, mit dem das faschistische Regime des Königs Juan Carlos den aufbrandenden Kampf der werktätigen Massen Spaniens zu unterdrücken versucht.

Am 9. Januar ermordete die Guardia Civil in Sestao den 15jährigen Juan Manuel Iglesias, Sohn eines Fabrikarbeiters, während einer Demonstration von 10 000 Menschen für die Freilassung aller politischen Gefangenen. Kurze Zeit darauf wurde der Student Garcia Ruiz ebenfalls bei einer Demonstration von einem Mordkommando der faschistischen „Apostolischen Antikommunistischen Allianz" durch mehrere Schüsse getötet. Die Studentin Maria Luz Najera wurde bei einer Demonstration durch eine von der Polizei abgefeuerte Rauchbombe getötet, die ihr den Kopf zerschmetterte. Nur wenig später drangen Angehörige der „Apostolischen Antikommunistischen Allianz" in ein Madrider Anwaltsbüro der „Comissiones Obreras" ein und eröffneten das Feuer. Sie ermordeten sechs Menschen. Das faschistische Regime hat inzwischen einige der wenigen mageren Rechte, die die Werktätigen noch genießen, außer Kraft gesetzt: Ab sofort darf die Guardia Civil ohne richterlichen Befehl jeden verhaften und einsperren, der ihr irgendwie „verdächtig" erscheint. Alle öffentlichen Kundgebungen sind verboten. **Gewehrkugeln und faschistischer Terror gegen das Volk, das ist das wahre Gesicht der angeblichen Demokratisierung des spanischen faschistischen Regimes, die von den Imperialisten und Revisionisten in den höchsten Tönen bejubelt wird.** Schlimmer als selbst zu Francos Zeiten



lastet der faschistische Terror heute auf dem spanischen Volk. Die Gefängnisse füllen sich mit revolutionären, fortschrittlichen und patriotischen Menschen. Allein in den ersten acht Monaten der Regentschaft Juan Carlos ermordete die Polizei 39 Menschen, inzwischen sind es weit mehr.

Aber die spanische Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen beantworten den faschistischen Terror mit verstärktem Kampf. Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten der kommunalen und staatlichen Einrichtungen, von Lehrern und anderen Werktätigen sind in den Streik getreten. Um nur einige Beispiele zu nennen: In Barcelona streikten hunderttausend Werktätige nach dem Mordanschlag auf das Anwaltsbüro. In der baskischen Provinz Vizcaya standen ebenfalls Hunderttausend im Streik. In Valencia legten 70 000 Bauarbeiter die Arbeit nieder, darunter die Arbeiter des US-Konzerns Ford. **Die Arbeiter des westdeutschen Konzerns Siemens in Getafe streikten ebenfalls.** In Madrid verweigerten die Busfahrer die Arbeit und die Lehrer traten in einen landesweiten Streik.

Trotz des Terrors und der brutalen Gewalt entwickeln sich die Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen schwungvoll und mit einem ständig zunehmenden Kampfgeist. Die Werktätigen kämpfen gegen die faschistischen Gesetze, die Streiks verbieten und die Freiheit, sich zu organisieren. Sie kämpfen, um ihre elende und sich ständig verschlechternde Lebenslage zu verbessern (die Arbeitslosigkeit hat bereits die Millionengrenze überschritten und nur weniger als die Hälfte erhält eine geringe Arbeitslosenunterstützung; die Preise für die Güter des täglichen Bedarfs sind 1976 um mehr als 18% gestiegen). Sie kämpfen für die Verjagung des USA-Imperialismus, der Spanien unterjocht, aussaugt und mit einem dichten Netz von Militärstützpunkten überzogen hat, ebenso wie gegen den Eintritt Spaniens in die EG, der die Lage der werktätigen Massen noch weiter verschlechtern würde. Sie kämpfen für die Freilassung aller politischen Gefangenen, die in den Gefängnissen des Regimes eingekerkert sind.

Die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und die von ihr geführte „Revolutionäre, Antifaschistische, Patriotische Front" (FRAP) stehen in allen diesen Kämpfen in der vordersten Reihe. **Die Partei kämpft für eine breite Front zum revolutionären, gewaltsamen Sturz des monarchofaschistischen Regimes, für die Republik, die keine bürgerliche Republik sein wird, in der die Bourgeoisie das Volk unterdrückt und ausplündert, sondern in der das Volk, gestützt auf die Gewehre, die es in den Händen hält, selbst die Macht ausübt. Die gewaltsame Revolution, der Kampf für die föderative Volksrepublik ist der einzige Weg, um die Leiden und das Elend der werktätigen Massen Spaniens zu beenden.**

Aber dieses Ziel kann nicht erreicht werden, ohne die revisionistischen und sozialdemokratischen Verräter schonungslos zu bekämpfen, die das Spiel der Monarchie spielen. Der Revisionist Carrillo, der sich unbehelligt in Spanien bewegt, hat längst seinen Frieden mit der Monarchie und dem Imperialismus gemacht. Im „Spiegel" 5/77 erklärte er in einem Interview: „Doch inzwischen hat er (Juan Carlos – RM) durch verschiedene Stellungnahmen gezeigt, daß er keine Kreatur Francos mehr ist, daß er die Zustimmung der Spanier sucht." Und weiter: „Ich bin für die europäische Integration. (. . .) Ich bin aber für den Verbleib der amerikanischen Basen in Spanien, solange nicht alle ausländischen Basen in Europa verschwunden sind." Angesichts der Morde und des Terrors des Regimes kann man kaum eine zynischere Erklärung abgeben. **Auf dem Totenbett des monarchofaschistischen Regimes bietet Carrillo diesem seine Dienste an und hofft auf die vollständige Legalisierung seiner Partei und ihre Beteiligung an der Macht. Nach dem verabscheuungswürdigen Anschlag auf das Anwaltsbüro in Madrid scheuten sich Carrillo und sein Busenfreund Camacho, Führer der revisionistischen „Comissiones Obreras", nicht einmal, zusammen mit offenen Faschisten einen Aufruf zu unterzeichnen, in dem das Volk davor gewarnt wird, auf die Straße zu gehen, um für seine Rechte zu kämpfen.** Angeblich würde das die „Demokratisierung behindern". So tief sind die Revisionisten inzwischen gesunken.

Die Haltung der wirklichen Revolutionäre, der KP Spaniens/ML, ist dagegen klar und unmißverständlich. Genosse Raoul Marko erklärte vor kurzem in einem Interview mit Radio Tirana: **„Angesichts der Monarchie erheben wir das Banner der Republik, angesichts der schändlichen Kompromisse führen wir den Kampf, um die Monarchie zu zerschlagen, angesichts der pazifistischen Wege wird der bewaffnete Kampf geführt, als einziger Weg, um die herrschende Reaktion zu zerschlagen."** Und: „Angesichts der Gewalt und der Verbrechen der Juan-Carlos-Polizei fördern und organisieren die Partei und die FRAP in Fabriken, Stadtvierteln, auf Baustellen und in der revolutionären Arbeiter- und Studentenjugend, mit Arbeitern und Landarbeitern Selbstverteidigungsgruppen, um der faschistischen Gewalt und den Ungerechtigkeiten des Unternehmertums und der Großgrundbesitzer die revolutionäre Gewalt entgegenzusetzen. Die KPSp/ML und die FRAP, davon überzeugt, daß nur durch die revolutionäre Gewalt und den Volkskrieg der Faschismus zerschlagen werden und die nationale Unabhängigkeit erreicht werden kann, sammeln die Kräfte und bilden sie aus, indem sie versuchen, alle ihre Mitglieder, das Proletariat und die Massen insgesamt, in einem hohen Kampfgeist zu stählen und zu erziehen."

Viva Roca Radiadores!

Unter den vielen machtvollen Streiks, die zur Zeit in Spanien stattfinden, hat der Kampf der Arbeiter von Roca Radiadores, einer Heizkörperfabrik in der Nähe von Barcelona, besondere Bedeutung. Der Streik dauert bereits über zwei Monate an, die Einheit der Arbeiter, ihre Kampfentschlossenheit, ihre Absage an die revisionistischen und reformistischen Verräter, hat ihn bereits zu einem leuchtenden Beispiel für die gesamte spanische Arbeiterklasse gemacht.

Der Streik begann Ende Oktober 1976. Die Arbeiter forderten höhere Löhne. Die Kapitalisten (der Betrieb ist im Besitz des US-Monopols „American Standard Inc.") antworteten mit der Entlassung mehrerer Arbeiter und einer Aussperrung von 4 800 Arbeitern für fünf Tage. Die Arbeiter setzten jedoch den Streik fort. Am 9. November versammelten sie sich in der Fabrik, um über weitere Kampfmaßnahmen zu beraten. Die Versammlung wurde von der Guardia Civil überfallen, die die Arbeiter auseinanderknüppelte. Am nächsten Tag versammelten sich die Arbeiter im Wohnviertel des Dorfes Roca de Viladeca. Erneut marschierte die Guardia Civil auf. Aber diesmal waren die Arbeiter gerüstet. Sie hatten sich bewaffnet und Selbstverteidigungsgruppen organisiert. Den ganzen Vormittag über dauerten die Kämpfe an, die Arbeiter bauten Barrikaden. Die Polizei setzte Tränengas und Rauchbomben ein und gegen Abend auch Schußwaffen. Erst jetzt gelang es ihr, die Oberhand zu gewinnen.

Die Versammlungen der Arbeiter in den nächsten Tagen und Wochen wurden daraufhin auf freiem Feld unter dem Schutz von teilweise mit Gewehren bewaffneten Kommandos abgehalten, die die Guardia Civil abwehrten. Schon im März hatten die Arbeiter den faschistischen Betriebsrat zum Rücktritt gezwungen und delegierte Vertreter aller Werkstätten und Abteilungen gewählt, die den Streik führen. Die Faschisten verübten Brandanschläge auf die Häuser der Streikführer. Als einige von ihnen verhaftet wurden, mußte die Polizei sie wieder freilassen, nachdem die Arbeiter eine große Demonstration organisiert hatten. Trotzdem sind immer noch 8 Arbeiter in Haft, 42 werden von den Kapitalisten entlassen.

Zugleich erteilten die Arbeiter den reformistischen und revisionistischen Verrätern eine Abfuhr. Die Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaft USO hatten sich mit der Erklärung, daß „die Kampfmaßnahmen der Arbeiter nicht die richtigen sind", gegen den Streik gestellt. Die Revisionisten heckten dagegen einen „Kompromiß" aus, der aber von den Arbeitern als „Hungerpakt" abgelehnt wurde. Zugleich bemerkten sie, daß die Häuptlinge der revisionistischen „Comissiones Obreras" gegen die Ausweitung des Kampfes auf andere Betriebe auftraten. In einem Fall gingen sie dabei sogar soweit, ihre Mitglieder als einzige zur Arbeit in den Betrieb Armsa Tuperin zu schicken, während alle anderen Arbeiter im Solidaritätsstreik waren.

All das festigte das Vertrauen der Arbeiter von Roca zu den wirklichen Revolutionären, der KPSp/ML, der FRAP und der Arbeitergewerkschaftsopposition OSO, die als einzige ihren Kampf bedingungslos unterstützten. Die Arbeiter von Roca Radiadores haben ein hohes klassenkämpferisches Bewußtsein, ihr Kampf beschränkt sich nicht auf die Forderung nach höherem Lohn, er geht bereits weit darüber hinaus. In einem ihrer Aufrufe erklären sie:

„Angesichts einer Geschäftsleitung, die sich nicht damit begnügt, Tausende Familien in Hunger und Elend zu stürzen, sondern auch noch ‚unkontrollierte' Kommandos bezahlt, die Bomben legen und die von uns allen gewählten Delegierten verprügeln; angesichts einer verbrecherischen Guardia Civil, die mit Maschinenpistolen auf uns schießt . . . und die Siedlung Roca militärisch besetzt hält; gegenüber einigen falschen reformistischen Führern, die uns den ‚sozialen Pakt' anzudrehen versuchen und die alles mögliche tun, damit wir stillhalten und verhandeln, ‚weil es keine Möglichkeit für eine allgemeine Mobilisierung gibt', wie die Bonzen der Comissiones Obreras, der UGT, USO und andere Opportunisten behaupten; demgegenüber ist es notwendig, unseren Kampf zu verdoppeln, den Kampf der revolutionären Arbeiterklasse gegen alle Arten von Paktiererei mit unseren unversöhnlichen Klassenfeinden. Nichts und niemand kann die Einheit und den revolutionären Kampf von Roca und sein Streikkomitee brechen. Aber der Sieg dieser Schlacht, die von unserer Klasse geführt wird, hängt in großem Maße davon ab, daß wir einen mächtigen Generalstreik zu unserer Unterstützung aufbauen. Organisieren wir ihn jetzt. Dies ist die einzige Sprache, die unsere Ausbeuter und ihre Wachhunde, die Großkapitalisten und ihre Unterdrükkungsorgane verstehen. Das ist der einzig mögliche Weg – der der Einheit und des Kampfes – den wir Arbeiter zu unserer Befreiung in der Volksrepublik und im Sozialismus gehen müssen."

Die Vollversammlung der Arbeiter von Roca hat auch die Arbeiter in unserem Land zur Solidarität aufgerufen (siehe den Aufruf auf dieser Seite). Von ihr gewählte Delegierte werden im Februar auf Versammlungen in der Bundesrepublik sprechen.

Unterstützt den Kampf der Arbeiter von Roca. Besucht die Versammlungen. Schickt Solidaritätsadressen an: Redaktion „Roter Morgen", Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30. Wir leiten die Briefe weiter.

An alle Metallarbeiter Europas

Kollegen!

Wir, die in der Vollversammlung zusammengetretenen Arbeiter des Unternehmens „Roca Radiadores" richten uns an Euch zu einem Zeitpunkt, wo ein Monat vergangen ist, seitdem unser Streik begonnen hat.

In diesen Augenblicken hängen das Leben und die Zukunft von 4 500 Familien von der Unterstützung ab, die wir von den Arbeitern bekommen. Wir können auf niemand anderen mehr rechnen. Die Arbeitsgesetze der zweiten Regierung der Monarchie haben die willkürliche Entlassung von 42 unserer Kollegen legalisiert. Das Gesetz bestraft die Gruppen von Arbeitern, die über den Streik informieren und ihn ausdehnen. Die rechtsextremen Banden dagegen haben ungestraft sechs verbrecherische Attentate gegen uns verübt, die „Guardia Civil" (paramilitärische Landespolizei) hat unsere Häuser mit Maschinengewehren beschossen und acht Kollegen sind ins Gefängnis gekommen. Zwölf von ihnen sind unter die Militärgerichtsbarkeit gestellt worden und werden möglicherweise vor ein Militärgericht gestellt.

Alle diese Tatsachen stellen für uns die politische „Reform" der Regierung dar, über die sie uns in wenigen Tagen mittels des „Referendums" (Volksabstimmung) abstimmen lassen will, damit wir eine Regierung unterstützen, die gegen die Arbeiter gerichtet ist, und eine Monarchie, die uns aufgezwungen wurde. Auf der anderen Seite verfolgt die gewerkschaftliche Reform nur die Spaltung der Arbeiterklasse. Wir, die Arbeiter von „Roca Radiadores" kämpfen für die Zukunft unserer Kinder und – unabhängig von allen Ideologien und Nationalitäten – für die Einheit aller Arbeiter.

Als unsere Kollegen bitten wir Euch, daß Ihr unseren Streik bekannt macht und uns dringend Eure Solidarität und Unterstützung zukommen laßt. Denn sonst wird die Unternehmerschaft faschistischen Musters einmal mehr ihre kapitalistische Unterdrückung durchsetzen und uns ihren Hungerpakt aufzwingen.

Vollversammlung der Arbeiter von Roca.

(Dieses Kommunique ist begeistert und einstimmig von der Vollversammlung der Arbeiter von Roca verabschiedet worden).

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Gundremmingen

Die Lüge von der 'sicheren Atomenergie'

„Kernenergie ist besonders umweltfreundlich und sicher" – so lügen es die Reklameprospekte der Kernkraftwerks-Kapitalisten der Bevölkerung vor, so wird es immer wieder in gekauften Professorengutachten und verlogenen Ministerreden beschworen. Daß die Tatsachen vollkommen anders aussehen, dafür hat das mittlerweile berüchtigte Kernkraftwerk Gundremmingen erneut ein Beispiel geliefert: Wiederum ist es dort vor ungefähr 14 Tagen zu einem schweren Defekt gekommen.

Schäden am Hochspannungsnetz zwischen Augsburg und Ulm hatten dazu geführt, daß das Kernkraftwerk den Strom nicht mehr weitergeben konnte. Durch einen Defekt aber schaltete die Reaktoranlage nicht programmgemäß ab, so daß es zu einem Überdruck im Wasserkreislauf kam: Über 200 000 Liter radioaktiven Wasserdampfs ergossen sich durch das Sicherheitsventil in das Reaktorgebäude. Die Temperatur in dem Gebäude, in dem schließlich das radioaktive Wasser drei Meter hoch stand, stieg auf über 80 Grad.

Inzwischen ist das Wasser abgepumpt worden, und eine Strahlenschutztruppe mit schweren Anzügen und Atemschutzgeräten hat begonnen, eine Reihe Maschinen und elektronische Geräte, die von dem radioaktiven Dampf überflutet worden waren, abzubauen. Inwieweit sich aber durch diesen Vorfall die Radioaktivität in der Umgebung erhöht hat, darüber wird der Mantel des Schweigens ausgebreitet, allenfalls werden zur Beruhigung der Bevölkerung allgemeine Garantieversicherungen abgegeben. Das Kraftwerk soll nun auf ungewisse Zeit stillgelegt werden, wobei noch ungeklärt ist, inwieweit es wieder in Betrieb genommen werden kann.

Dabei handelt es sich durchaus nicht um den ersten Defekt im Kernkraftwerk Gundremmingen. Seit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes vor zehn Jahren mußte es mehr als dreißigmal wegen undichter Stellen stillgelegt werden. Vor zwei Jahren wurden in Gundremmingen zwei Schlosser durch den Austritt radioaktiver Dämpfe getötet. Allein im letzten Sommer lag das Kraftwerk fast fünf Monate still, weil bei einem Auswechseln der Brennelemente Schadstellen entdeckt wurden.

Auch in anderen Kernkraftwerken ist es zu verschiedenen Defekten gekommen. Außer Informationen, die nichts über die tatsächlichen Auswirkungen sagen, sondern höchstens die Defekte benennen – und auch hier wurden oft direkt Lügen verbreitet – wurde von der Bourgeoisie nichts an die Öffentlichkeit weitergegeben. Nach Angaben der Bürgerinitiative Umweltschutz verweigert das hessische Wirtschaftsministerium bereits seit längerer Zeit Störfallberichte über die im Kernkraftwerksblock A in Biblis aufgetretenen ernsthaften Störungen. Und auch bei dem jüngsten Defekt im Atomkraftwerk Gundremmingen wurden anfangs offen Lügen verbreitet. Die RWE-Kapitalisten hatten zuerst schlichtweg behauptet, alle automatischen Sicherheitseinrichtungen hätten einwandfrei gearbeitet, es sei alles planmäßig verlaufen. Also kam der Austritt der 200 000 Liter radioaktiv verseuchten Wassers ganz planmäßig zustande? Die RWE-Kapitalisten sahen sich schließlich nicht mehr in der Lage, ihre Lügen aufrechtzuerhalten.

So und nicht anders steht es um die vielgepriesene „Sicherheit" der Atomkraftwerke. Die Tatsachen sind es, die die Kapitalisten Lügen strafen und die zeigen, daß die Bourgeoisie für ihren Profit im Energiebereich Gesundheit und Leben der Bevölkerung aufs Spiel setzt. Es sind die Tatsachen, die zeigen, daß die Werktätigen, die Weinbauern in Wyhl, die Bauern in der Wilstermarsch und anderswo zurecht gegen diese Kernkraftwerke der Bourgeoisie kämpfen.

Provokation im 'Alten Sängerheim'

Am Donnerstag abend versuchte ein gewisser Fred Struck, ein verkommenes Element, eine üble Provokation gegen die Partei zu starten. Struck, der damit hausieren geht, er habe in der DDR im Gefängnis gesessen, hat bereits des öfteren versucht, sich in die Reihen der Genossen einzuschleichen. Wiederholt forderte er zum Beispiel Genossen auf, ihn doch zum Plakatekleben mitzunehmen.

Am Donnerstag abend hatte er sich kurz im Lokal der Partei in Hamburg-Altona aufgehalten, hatte zwei Bier getrunken und war wieder gegangen. Eine Dreiviertelstunde später jedoch kam er mit vier Polizisten zurück, zeigte auf den Wirt und einen anderen Genossen und behauptete frech, sie hätten eine Bombe im Lokal und hätten versucht, ihn anzustiften, die Bombe irgendwo reinzuwerfen.

Die Polizisten wollten das als Vorwand nehmen, im Lokal herumzuschnüffeln. Da jedoch anwesende Gäste bezeugen konnten, daß, während Struck sich in der Kneipe aufgehalten hatte, kein Wort mit ihm gewechselt worden war, mußten die Polizisten die Sache schließlich aufgeben.

Brokdorf: Provokation gegen die KPD/ML und KKW-Gegner

Eine unverschämte Fälschung!

Fortsetzung von Seite 1

knüppelten, zusammenschlugen und schwer verletzten? Das war niemand anderes als die Bourgeoisie, war die Regierung in Kiel im Auftrag des Kapitals. – Das waren eben diejenigen, die jetzt verbreiten wollen, ausgerechnet die KPD/ML würde die Bauern bedrohen.

Die KPD/ML stand in diesen Kämpfen Seite an Seite mit der Bevölkerung der Wilstermarsch im Kampf gegen diesen Terror der Bourgeoisie. Wir sind nicht gegen Gewalt. Nein, wir haben mit Tausenden militanten Werktätigen zusammen der konterrevolutionären Gewalt des staatlichen Unterdrückungsapparates die revolutionäre Gewalt entgegengesetzt. Und wir haben auch nichts gegen brennende Fahrzeuge – wenn es die richtigen trifft. Als die Polizeifahrzeuge brannten, fand das unseren vollen Beifall.

Und daraus wollen diejenigen, die diese Panzerwagen, Tränengaswerfer, Polizei- und Grenzschutztruppen befehligten, machen: es sei die KPD/ML, es seien die Kommunisten, die die Bauern bedrohen wollten? Und wenn sie noch so viele gefälschte „Erklärungen der KPD/ML" herausgeben, diese grenzenlose Unverfrorenheit wird nicht die Tatsachen auf den Kopf stellen können.

Diese Methoden der Verleumdung und Diffamierung der Kommunisten sind dieselben, die bereits die Hitlerfaschisten angewandt haben und die unter anderem auch den Arsenalen der psychologischen Kriegsführung der US-Imperialisten bei ihrer Aggression in Vietnam entnommen sind. Der Zweck, der mit diesen Methoden verfolgt wird, liegt klar auf der Hand: Zum einen soll die kommunistische Partei von den Werktätigen isoliert werden, zum anderen sollen Vorwände geschaffen werden, um angeblich „im Interesse des Schutzes der Bevölkerung" in aller Brutalität gegen die Kommunisten und alle kämpferischen Werktätigen vorgehen zu können.

Die Tat eines Spinners?

Sicherlich gibt es auch einzelne reaktionäre Elemente, denen solche Gemeinheiten durchaus zuzutrauen wären. Doch hier liegt die Sache offenbar anders. Dafür spricht der ganze Ablauf der Geschichte, bei der ein Rädchen ins andere greift, wie mit der Präzision eines Uhrwerks. Da werden aus Osnabrück Fälschungen nach Brokdorf geschickt, die dort sogleich auf einer Amtsausschußsitzung landen, bei der ganz zufällig Sozialminister Clausen aus Kiel anwesend ist, der das gefälschte Machwerk sogleich triumphierend verlesen läßt. – Eine Amtsausschußsitzung, die eigens zu diesem Thema einberufen worden war. Da laufen plötzlich Polizisten mit diesen Fälschungen kurz darauf von Hof zu Hof und „warnen" die Bauern vor den „Angriffsplänen" der KPD/ML. Und Stoltenberg im entfernten Kiel breitet sich sogleich in einer Pressekonferenz darüber aus, daß „sichere Erkenntnisse" vorlägen, denen zufolge die Bauern in der Wilstermarsch von Gewalttätern bedroht werden. Die „Wilstersche Zeitung" hetzt am selben Tag ganzseitig: „Droht in Brokdorf der Bürgerkrieg? Offene Kampfansage der KPD/ML."

All das ist nicht das Werk eines einzelnen Provokateurs, sondern das ist das Werk eines ganzen Apparats, ist die Handschrift der Bourgeoisie, der keine Methode zu schmutzig, kein Trick zu hinterhältig ist, wenn es gegen den Kampf der Werktätigen und der Kommunisten geht. Es sind die Methoden derjenigen, die ausgerechnet den Kommunisten vorwerfen wollen, Tatsachen zu verdrehen, Lügen zu verbreiten, die Bevölkerung zu täuschen, um das eigene Süppchen zu kochen. Wer tut hier wohl was?

Mosaikstein einer ganzen Hetzkampagne

Dieser Versuch, mit Fälschungen, mit Lüge und Betrug die Einheit der Kommunisten und Werktätigen im Kampf zu spalten, paßt wie ein Mosaikstein genau in die seit langem von der Bourgeoisie geführte Hetzkampagne zu Brokdorf.

Von Anfang an hat die Bourgeoisie mit Demagogie und brutalem Terror versucht, den Kampf gegen das Atomkraftwerk zu verhindern und niederzuhalten. Zuerst hatte die Bourgeoisie, hatte insbesondere die Kieler Landesregierung gehofft, die Werktätigen in der Wilstermarsch mit dem Argument, man müsse „sachlich diskutieren", die „Gerichte entscheiden lassen", betrügen zu können. Doch als schließlich der Bau über Nacht begonnen wurde, die Werktätigen erkannten, daß sie betrogen worden waren und sich helle Empörung breitmachte, war auch der Bourgeoisie klar, daß mit Demagogie und betrügerischen Parolen allein die Werktätigen nicht vom Kampf abgehalten werden können.

Als es zu einer ersten Bauplatzbesetzung kam, gingen Polizeitruppen sogleich mit brutaler Gewalt vor. Und in der Presse begann eine breite Hetzkampagne, die den Kampf der Bevölkerung in der Wilstermarsch zu „kriminellen Taten" von „kommunistischen, anarchistischen, terroristischen Gewalttätern" stempelte, denen es nur um „Provokation, den Wirbel, die nackte Gewalt" gehe („Bild"-Zeitung). Ziel der Hetze war es, den Kampf der entschlossensten Werktätigen zu isolieren, ihnen zu drohen. Doch das Gegenteil wurde bewirkt: Bei der nächsten Kampfdemonstration waren es 30 000, die nach Brokdorf kamen, um die Interessen der Werktätigen in der Wilstermarsch, die Interessen aller Werktätigen gegen den kapitalistischen Staatsapparat zu verteidigen. Wiederum war es die Bourgeoisie, die mit Polizei- und Grenzschutztruppen mit außerordentlicher Brutalität vorging, wobei Hunderte Demonstranten durch sie verletzt, davon drei schwer bis lebengefährlich verletzt wurden. Doch im Mittelpunkt der folgenden Pressekampagne stand nicht dies mörderische Vorgehen, sondern der Kampf der Werktätigen: „Was hier geschieht und noch geschehen wird", hetzte „Bild" gegen die 30 000 Demonstranten, „hat eindeutige Methode – Anarchie um der Anarchie willen!"

Was die Bourgeoisie vor allem mit Furcht erfüllte, war zum einen, daß die Kampffront trotz aller Drohungen und Brutalität immer breiter wurde und sich die Solidarität mit dem Kampf in Brokdorf auf die ganze Bundesrepublik ausdehnte. **Am meisten aber erfüllt die Bourgeoisie mit Furcht, daß zunehmend mehr Werktätige unter den Schlägen der Polizeiknüppel selbst erkannten: Nicht das geschliffene Argumentieren und Diskutieren mit den Herren in Kiel, sondern nur der konsequente Kampf gegen sie kann das Atomkraftwerk verhindern. Und: Gegen die konterrevolutionäre Gewalt des staatlichen Unterdrückungsapparates führt nur die revolutionäre Gewalt zum Erfolg.**

Die Bourgeoisie weiß sehr wohl, daß diese immer engere Verbindung zwischen den breiten Massen der Werktätigen und der kommunistischen Partei für sie das gefährlichste ist, das ihre Demagogie, ihre Lügen und Betrugsmanöver an den Werktätigen wirkungslos werden läßt, daß diese Verbindung es ist, die eines Tages sogar ihren Untergang bedeuten wird. Das ist der Grund für ihre infame, widerwärtige, pausenlose Hetze gegen „kommunistische Gewalttäter". Das ist der Grund dafür, warum sie diese Verbindung zu sabotieren, zu spalten sucht, indem sie verbreitet: der Kampf der Kommunisten richte sich gegen die Werktätigen, gegen die Bauern selbst. Und da die Herren Stoltenberg und Konsorten sehr wohl wissen und erfahren haben müssen, daß diese Demagogie zumindest für jeden, der mit im Kampf in Brokdorf gestanden hat, unglaubwürdig ist, mußte eben auf andere Weise ein „Beweis erbracht" werden. So werden in der Wilstermarsch jetzt Fälschungen verbreitet, die – falls sie schon nicht geglaubt werden sollten – zumindest Unsicherheit, Mißtrauen und Zweifel säen sollen.

Diese Rechnung wird nicht aufgehen!

Diese Provokation richtet sich nicht nur gegen die KPD/ML, sondern auch direkt gegen den Kampf der Werktätigen in der Wilstermarsch. Denn zugleich soll hier zum einen ein Vorwand geschaffen werden, um die Brutalität der Polizeieinsätze am 19. Februar noch weiter zu steigern, zum anderen aber soll durch diese Verleumdungskampagne die Front der Werktätigen im militanten Kampf geschwächt werden, soll Resignation verbreitet werden, um so die Grundlagen dafür zu schaffen, den Bau des Kernkraftwerkes gegen den Kampf der Werktätigen durchsetzen zu können.

Doch die Partei wird ihre Anstrengungen darauf richten, diesen Plänen einen Strich durch die Rechnung zu machen, der Kampf gegen das KKW Brokdorf wird weitergehen! Die Bourgeoisie macht einen entscheidenden Fehler: Als herrschende Klasse hält sie die Werktätigen, hält sie die kämpfenden Bauern und die anderen Werktätigen für dumm, glaubt, daß man ihnen das Blaue vom Himmel herunterlügen könne. Doch da täuscht sie sich. Die Werktätigen werden sehr wohl zwischen Wahrheit und Fälschung, zwischen Tatsachen und Provokationen unterscheiden. Denn sie wissen dort sehr wohl, daß unsere Partei und nicht Stoltenberg und Konsorten auf ihrer Seite steht. Daran werden auch die Herren in Kiel nicht vorbeikommen. Sie schreien stets, wir Kommunisten seien ein isoliertes Häuflein, eine verschwindende Minderheit. Nur: Warum geben sie sich dann diese Mühe, zu lügen, zu betrügen, zu fälschen und einen solchen Lärm zu schlagen? Weil nicht die Kommunisten, sondern sie es sind, die gegen die Werktätigen vorgehen und deshalb zunehmend isoliert werden.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich DM 30,-- O halbjährlich DM 15,-- O vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13. Tel.; 0521/177404.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46. Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30, Sa. 9-14 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.